

Jihočeská univerzita v Českých Budějovicích

Pedagogická fakulta

Katedra germanistiky



**Bakalářská práce**

**Die deutsche EU-Präsidentschaft und deren**

**Rezeption in der Presse**

**The German EU presidency and its reception**

**in the press**

Jméno a příjmení: **Pavla Chrtová**

Studijní program: B7310 Aplikovaná filologie

Studijní obor: Anglický a německý jazyk pro obchodní  
a hospodářskou sféru

Vedoucí práce: Mgr. Jana Kusová, PhD.

Rok odevzdání práce: 2008

Prohlašuji, že svoji bakalářskou práci jsem vypracovala samostatně pouze s použitím pramenů literatury uvedených v seznamu citované literatury.

Prohlašuji, že v souladu s § 47b zákona č. 111/1998 Sb. v platném znění souhlasím se zveřejněním své bakalářské práce, a to v nezkrácené podobě elektronickou cestou ve veřejně přístupné části databáze STAG provozované Jihočeskou univerzitou v Českých Budějovicích na jejích internetových stránkách.

V Českých Budějovicích, 10. dubna 2007

Podpis:

## **Anotace**

### **Německé předsednictví v Evropské unii 2007 a jeho recepce v tisku**

Tato bakalářská práce se zabývá německým předsednictvím v Evropské unii, které proběhlo v první polovině roku 2007. V úvodních teoretických kapitolách je obecně pojednáno o organizační struktuře EU a dále se zaměřují především na roli předsednické země, její úkoly a funkce. Jádrem práce je analýza článků z německého tisku, které komentují významné události německého předsednictví. Tyto články srovnávají hlavní oblasti zájmu, jimž Německo dle svého programového dokumentu věnovalo pozornost, se skutečným stavem po ukončení předsednictví.

## **Annotation**

### **The German EU presidency and its reception in the press**

My thesis deals with the German EU presidency, which took place in the first part of 2007. Introductory theoretical chapters describe the general organizational structure of the EU and then evaluate the status of the presiding country as well as its tasks and duties. The core of the paper consists of an analysis of articles published in German press, which comment on key events of the German presidency. These articles compare the main priority spheres, on which Germany has paid attention according to its programme, with the real outcomes of the German presidency.

## Vorwort

Ich möchte mich bei Frau Mgr. Jana Kusová, PhD. bedanken, die meine Bakkalaureatarbeit wissenschaftlich begleitete und mir Ihre Tipps gab und Zeit widmete.

## Inhaltverzeichnis

<b>1. Einleitung</b> .....	7
<b>2. Die Europäische Union</b> .....	9
2.1. Begriff Europäische Union.....	9
2.2. Gründung der EU.....	10
2.3. Aufbau der EU.....	12
2.4. Rat der EU.....	13
<b>3. Der EU-Ratvorsitz/ die Ratspräsidentschaft</b> .....	14
3.1. Was ist die Präsidentschaft ?.....	14
3.2. Aufgaben des Ratvorsitzes.....	14
3.3. Vorsitzführung im Rat.....	15
3.4. Vertretung gegenüber anderen Organen und Einrichtungen der EU.....	16
3.5. Vertretung der EU nach Außen.....	16
3.6. Entscheidungsprozess.....	17
3.7. Logistik.....	17
3.8. Vorsitz im Europäischen Rat und im Rat der EU.....	18
<b>4. Die Rezeption der deutschen Ratspräsidentschaft     in der Presse</b> .....	19
4.1. Deutschland übernimmt EU-Vorsitz, Tafelrunde mit straffem Programm.....	19
4.2. EU-Ratspräsidentschaft, Ein sechsmonatiger Balanceakt.....	20
4.3. Merkel will EU-Verfassung retten.....	22

4.4. EU-Verfassung, Brown will angeblich Veto einlegen.....	23
4.5. Merkel: „Es ist Zeit zu handeln“ .....	24
4.6. SZ-Interview mit Angela Merkel, “Europa muss eine Vorreitrolle Spielen“ .....	26
4.7. EU-Gipfel:Unmut über die Pflicht zur Sonnenenergie.....	28
4.8. Tag des Jubiläums, Erfolgreiche Zwischenbilanz für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft.....	30
4.9. Zu weit gesprungen, Die Kanzlerin spricht nur noch von einem “Änderungsvertrag“ .....	32
4.10. EU-Gipfel, Chancen auf Erfolg 50 zu 50.....	34
4.11. Der erste Tag des EU-Gipfels, Zwischen Frust und Hoffnung.....	35
4.12. Verhandlungsmarathon in Brüssel.....	36
4.13. Die Gipfelstürmerin.....	38
4.14. Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.....	41

## **5. Inhaltliche Analyse zu dem Thema**

<b>der besprochenen Artikel</b> .....	43
---------------------------------------	----

<b>6. Schlusswort</b> .....	48
-----------------------------	----

<b>7. Resumé</b> .....	50
------------------------	----

<b>Quellenverzeichnis</b> .....	54
---------------------------------	----

<b>Anlagenverzeichnis</b> .....	58
---------------------------------	----

<b>Anlagen</b> .....	59
----------------------	----

## **1. Einleitung**

Diese Bakkalaureatarbeit beschäftigt sich mit dem Thema „Die deutsche EU-Präsidentschaft und deren Rezeption in der Presse“. Es handelt sich um die rotierende Vorsitzführung im Rat der Europäischen Union, die Deutschland in der ersten Hälfte 2007 inne hatte.

Am Anfang der Arbeit wird in den theoretischen Kapiteln beschrieben, was der Begriff „die EU“ bedeutet, die Gründungsphasen der EU und deren Geschichte. Weiter werden die bedeutendsten Organe der EU genannt und die Arbeit widmet sich schon selbst dem Rat der EU, seiner Rolle und Funktion in dem ganzen System der EU. In dem praktischen Teil werden verschiedene Artikel aus der deutschen Presse analysiert. Es geht um die Artikel, die in der Süddeutschen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen. Weiter werden auch einige Artikel von den Internetseiten [www.eu2007.de](http://www.eu2007.de), [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) und [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de) verwendet. Alle Artikel kamen in der Regierungszeit der deutschen Ratspräsidentschaft aus. Sie kommentieren die wichtigsten Ereignisse wie Übernahme der Präsidentschaft, Vorstellung des Arbeitsprogrammes und seiner Aufgaben, zwei wichtigste EU-Gipfel unter dem deutschen EU-Vorsitz und seine Ergebnisse.

Die Grundhypothese bezüglich des praktischen Teils wird, dass sich die Präsentationen der wichtigsten Themen durch die verschiedenen Zeitungen oder Internetseiten unterscheiden werden. Die meisten Kontraste kann man zwischen der Süddeutschen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erwarten. Diese zwei großen und bedeutenden Presseverlage befinden sich in unterschiedlichen Bundesländern, wo die wirtschaftliche und politische Situation allgemein anders aufgenommen und beurteilt wird. Dagegen ist zu erwarten, dass die Internetseiten [www.eu2007.de](http://www.eu2007.de) und [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de) sich auf die Unterstützung Deutschlands als Regierungsland orientieren werden. Ihre Artikel würden die Ergebnisse und Erfolge der deutschen Ratspräsidentschaft hervorheben und die Mängel und Mißerfolge eher rechtfertigen und verteidigen.

Am Ende der Arbeit wird eine allgemeine inhaltliche Analyse aller Artikel, die benutzt werden, durchgeführt. Es handelt sich um eine

Zusammenfassung von Kommentaren, Bemerkungen und Meinungen, die in den Artikel geäußert werden.

Die Arbeit ist um Fotos von den EU-Gipfeln und anderen Tagungen bereichert. In den Anlagen findet man auch weitere Bilder und Tabellen.



## 2. Die Europäische Union

### 2.1. Der Begriff Europäische Union



Die Europäische Union (EU) besteht aus 27 europäischen Staaten. Es ist ein Staatenverbund. Die Bevölkerung von allen EU-Ländern umfasst knapp 500 Millionen Einwohner. In dem EU-Binnenmarkt wurde das größte Bruttoinlandsprodukt der Welt erwirtschaftet.

Der EU-Vertrag wurde am 1.1.1993 geschlossen. Er bildet die Dachkonstruktion der sogenannten drei Säulen: “- Europäische Gemeinschaften (EG), - Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), - Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS).“<sup>1</sup>

Der Integrationsprozess begann am Ende des Zweiten Weltkriegs. Der Grund zu dieser Integration war der politische Wille, damit sich die ehemaligen Kriegsgegner wieder versöhnen und die Spaltung Europas infolge des Kalten Krieges überwunden wurde. Das gemeinsame Ziel der Mitgliedstaaten bleibt immer die Stärkung der Europäischen Union. Sie sollte durch Verbesserung der Funktionsfähigkeit von Institutionen geschafft worden sein. Diese Verbesserungen wurden im EU-Verfassungsvertrag<sup>2</sup> enthalten, aber der Vertrag hat im Ratifizierungsverfahren an der mehrheitlichen Ablehnung der französischen und der niederländischen Bevölkerung gescheitert. Stattdessen hat

---

<sup>1</sup> <http://www.europa-reden.de/info/schengen.htm>, 22.11.2007.

<sup>2</sup> Fakten und Zahlen über Europa, Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG, Luxemburg, 2007.

der Europäische Rat am 23. Juni 2007 große Teile der Verbesserungen in einen alternativen neuen EU-Reformvertrag<sup>3</sup> übernommen.

## **2.2. Die Gründung der EU**

Am 9. Mai 1951 schlug der französische Außenminister Robert Schuman die Errichtung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)<sup>4</sup> vor. Das war der Beginn des gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl der sechs Gründerländer (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande). Das Ziel war den Frieden zwischen Siegern und Besiegten des Zweiten Weltkrieges in Europa zu sichern.

Am 25. März 1957 beschlossen die Sechs mit dem Vertrag von Rom<sup>5</sup> die Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)<sup>6</sup>. Der Grund wurde ein größerer gemeinsamer Markt mit Waren und Dienstleistungen. Die Zölle zwischen den sechs Ländern wurden am 1. Juli 1968 abgeschafft. In den 60er Jahren wurde noch dazu eine gemeinsame Handels- und Landwirtschaftspolitik entwickelt.

Diese Maßnahmen waren so erfolgreich, dass sich Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich für einen Beitritt zu der Gemeinschaft entschieden. Diese erste Erweiterung<sup>7</sup> erfolgte 1973. Gleichzeitig wurden neue sozial- und umweltpolitische Maßnahmen eingeführt. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)<sup>8</sup> wurde 1975 errichtet.

Die ersten Wahlen zu dem Europäischen Parlament fanden im Juni 1979 statt.

---

<sup>3</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag\\_von\\_Lissabon](http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Lissabon), 16.2.2008.

<sup>4</sup> [http://www.bpb.de/popup/popup\\_lemmata.html?guid=P7KT3I](http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=P7KT3I), 22.11.2007.

<sup>5</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag\\_zur\\_Gr%C3%BCndung\\_der\\_Europ%C3%A4ischen\\_Gemeinschaft](http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_zur_Gr%C3%BCndung_der_Europ%C3%A4ischen_Gemeinschaft), 22.11.2007.

<sup>6</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische\\_Wirtschaftsgemeinschaft](http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Wirtschaftsgemeinschaft), 23.11.2007.

<sup>7</sup> Maňák M., 100 otázek a odpovědí o EU, Ministerstvo zahr.věcí, Praha 2000, 25ff.

<sup>8</sup> <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l60015.htm>, 14.2.2008.

Griechenland trat der Gemeinschaft 1981 bei, Spanien und Portugal folgten 1986. So gewann die Gemeinschaft an Präsenz in Südeuropa.

Der weltweite Konjunkturrückgang am Anfang der 80er Jahre führte zu einer Phase vom sogenannten Europessimismus. Neue Hoffnung kam 1985. Die Europäische Kommission legte damals einen Zeitplan zur Vollendung des Europäischen Binnenmarkts bis zum 1. Januar 1993 vor. Dieses Ziel wurde in der Einheitlichen Europäischen Akte<sup>9</sup> enthalten, die im Februar 1986 unterzeichnet wurde und am 1. Juli 1987 in Kraft trat.

Der Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 änderte das politische Gesicht Europas. Dieses Ereignis führte zur Wiedervereinigung Deutschlands im Oktober 1990 und zur Demokratisierung der Länder Mittel- und Osteuropas.

Zur gleichen Zeit verhandelten die Mitgliedstaaten über den neuen Vertrag über die Europäische Union (EU)<sup>10</sup>. Er wurde vom Europäischen Rat im Dezember 1991 in Maastricht angenommen und trat am 1. November 1993 in Kraft.

Die veränderte geopolitische Lage führte dazu, dass Finnland, Österreich und Schweden der EU am 1. Januar 1995 beitraten.<sup>11</sup>

Inzwischen hatte die EU die Einführung einer einheitlichen Währung begonnen. 1999 wurde der Euro für (bargeldlose) Finanztransaktionen eingeführt; drei Jahre später wurden Euro-Scheine und Münzen in den zwölf Ländern des Euroraums herausgegeben. Der Euro hat heute neben dem Dollar große Bedeutung als internationale Zahlungs- und Reservewährung.

Im März 2000 hat die EU die "Lissabonner Strategie"<sup>12</sup> aufgestellt, um die europäische Wirtschaft zu modernisieren. Diese Strategie besteht auf der Förderung von Innovation und Investitionen sowie die Anpassung der europäischen Bildungssysteme an den Bedarf der Gesellschaft.

---

<sup>9</sup> <http://www.politische-union.de/eea.htm>, 14.2.2008.

<sup>10</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag\\_%C3%BCber\\_die\\_Europ%C3%A4ische\\_Union](http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_%C3%BCber_die_Europ%C3%A4ische_Union), 14.2.2008.

<sup>11</sup> Ein Europa der Regionen und Städte, Strategien und Perspektiven für die EU-Erweiterung, CdR-Studien, E-1/2000, Brüssel, 2000.

<sup>12</sup> <http://europa.eu/scadplus/leg/de/cha/c11325.htm>, 14.2.2008.

Gleichzeitig belasten die Arbeitslosigkeit und die steigenden Kosten der Rentensysteme die Wirtschaft der Mitgliedstaaten. Reformen sind also unerlässlich.

Kaum hatte sich die EU auf 15 Mitgliedstaaten erweitert, kam eine Erweiterung bis dahin unbekanntes Ausmaßes : die ehemaligen Ostblockländer (Bulgarien, die Tschechische Republik, Ungarn, Polen, Rumänien und die Slowakei), die drei baltischen Staaten, die früher zur Sowjetunion gehört hatten (Estland, Lettland und Litauen), eine von der ehemaligen Republik Jugoslawiens (Slowenien) und zwei Mittelmeerländer (Zypern und Malta)<sup>13</sup>.

Die EU sah in dieser Erweiterung eine Chance zur Stabilisierung des europäischen Kontinents. Die Beitrittsverhandlungen wurden im Dezember 1997 aufgenommen. Am 1. Mai 2004 traten zehn von den zwölf Bewerberländern bei, und die EU zählte 25 Mitgliedstaaten. Der Beitritt Bulgariens und Rumäniens erfolgte am 1. Januar 2007.

### **2.3. Der Aufbau der EU**

- Das Europäische Parlament
- **Der Rat der Europäischen Union**
- Die Europäische Kommission
- Der Europäische Gerichtshof
- Der Europäische Rechnungshof
- Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss
- Der Ausschuss der Regionen
- Die Europäische Zentralbank
- Die Europäische Investitionsbank

---

<sup>13</sup> Ein Europa der Regionen und Städte, Strategien und Perspektiven für die EU-Erweiterung, CdR-Studien, E-1/2000, Brüssel, 2000.

## **2.4. Der Rat der Europäischen Union**

Der Rat der Europäischen Union — auch als Ministerrat bekannt - ist zusammen mit dem Parlament das wichtigste gesetzgebende Organ und Entscheidungsgremium der EU. Er ist einerseits verantwortlich für die Tätigkeiten der EU im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, andererseits ist er tätig im Bereich Justiz und Inneres.<sup>14</sup>

Dem Ministerrat gehören die Minister aller nationalen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten an. An den Sitzungen nehmen die Fachminister teil: Außenminister, Wirtschafts- und Finanzminister, Landwirtschaftsminister usw.

Jedes Land hat eine bestimmte Anzahl von Stimmen im Ministerrat, die sich nach der Größe der einzelnen Länder richten, aber zugunsten der kleineren Länder gewichtet sind. Die meisten Entscheidungen werden mit Mehrheit getroffen. Wichtige und problematische Themen in Bereichen wie Steuerpolitik, Asyl- und Einwanderungspolitik oder Außen- und Sicherheitspolitik erfordern Einstimmigkeit

Bis zu viermal pro Jahr treffen sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten als Europäischer Rat zusammen. Auf diesen Gipfeltreffen werden die Leitlinien der EU-Politik.<sup>15</sup>



Javier Solana ist ein hoher Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

---

<sup>14</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Rat\\_der\\_Europ%C3%A4ischen\\_Union](http://de.wikipedia.org/wiki/Rat_der_Europ%C3%A4ischen_Union), 16.2.2008.

<sup>15</sup> Bearbeitet nach: [http://europa.eu/abc/panorama/howorganised/index\\_de.htm](http://europa.eu/abc/panorama/howorganised/index_de.htm), 16.2.2008.

### **3. Der EU-Ratsvorsitz/ Die Ratspräsidentschaft**



#### **3.1. Was ist die Präsidentschaft?**

Mit „Ratspräsidentschaft“ wird der Vorsitz im Rat der Europäischen Union bezeichnet. Er wird von den Mitgliedstaaten turnusmäßig für jeweils sechs Monate wahrgenommen. Für die Dauer der Präsidentschaft spricht der Vorsitz für alle Mitgliedstaaten. Er ist „Gesicht und Stimme“ der Europäischen Union. Die Reihenfolge der Präsidentschaftsländer wurde vom Europäischen Rat für den Zeitraum von 2005 bis 2020 festgelegt.

In der ersten Jahreshälfte 2007 hat Deutschland zum 12. Mal den Ratsvorsitz inne.

Im Anschluss an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wird Portugal ab dem 1.7.2007, und Slowenien ab dem 1.1.2008 den Vorsitz in der Europäischen Union übernehmen.

#### **3.2. Aufgaben des Ratsvorsitzes**

- Organisation und Vorsitzführung bei allen Treffen des Europäischen Rates, des Rates, sowie der ihm zuarbeitenden Ausschüsse und Arbeitsgruppen.
- Vertretung des Rates gegenüber anderen EU-Organen und Einrichtungen, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament.

- Vertretung der Europäischen Union in Internationalen Organisationen und gegenüber Drittstaaten.<sup>16</sup>

### **3.3. Die deutsche Vorsitzführung im Rat**

Deutschland führt während der sechs Monate seiner Präsidentschaft bei allen Treffen der Staats- und Regierungschefs sowie bei allen Tagungen der Fachministerräte den Vorsitz. Ratstagungen finden in Brüssel oder in Luxemburg statt.

Zusätzlich führt Deutschland auch in den ratsvorbereitenden Gremien den Vorsitz. Dazu zählt der wöchentlich tagende Ausschuss der Ständigen Vertreter, der sich aus den Botschafter der Mitgliedstaaten bei der Europäischen Union („ASTV II“)<sup>17</sup> beziehungsweise aus deren Stellvertretern („ASTV I“) zusammensetzt, sowie gegen 200 regelmäßig tagende Ausschüsse und Arbeitsgruppen.

Es ist Aufgabe des Vorsitzes, die Arbeit des Rates so effizient wie möglich vorzubereiten. Durch die Ausarbeitung von Kompromissvorschlägen und Vermittlung zwischen den Mitgliedstaaten führt diese zu einer gemeinsamen europäischen Position zusammen.

Dann hat der deutsche Vorsitz auch ein gemeinsames Programm mit dem nachfolgenden Vorsitz Portugal und Slowenien erstellt.

---

<sup>16</sup> Bearbeitet nach: [www.eu2007.de](http://www.eu2007.de), 25.11.2007.

<sup>17</sup> <http://www.europa-digital.de/dschungelbuch/top3/ministerrat/hilfsorgane.shtml>, 25.11.2007.

### **3.4. Vertretung gegenüber anderen Organen und Einrichtungen der Europäischen Union**

Der Ratsvorsitz vertritt den Rat auch gegenüber den anderen Organen der Europäischen Union, insbesondere gegenüber der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament (EP).

Das Vorsitzland spricht im Europäischen Parlament im Namen des Rates, das heißt im Namen aller Mitgliedstaaten. Zu Beginn des Vorsitzhalbjahres stellt der Vorsitz dem Europäischen Parlament das Arbeitsprogramm vor. Am Ende der Präsidentschaftszeit legt er dem Parlament eine Bilanz vor. Während der Präsidentschaft berichtet der Vorsitz dem Europäischen Parlament regelmäßig über die Arbeiten im Rat, steht in Fragestunden zu aktuellen Themen Rede und Antwort und nimmt an Debatten zu wichtigen Integrationsprojekten teil. Im Gesetzgebungsprozess vertritt der Vorsitz den Rat auch in den Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament. Die Termine des deutschen Ratsvorsitzes im Europäischen Parlament können über den Tagungskalender der Präsidentschaftswebsite abgerufen werden.

Auf ähnliche Weise vertritt der Vorsitz den Rat auch im Ausschuss der Regionen und im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss.<sup>18</sup>

### **3.5. Vertretung der Europäischen Union nach außen**

Der Ratsvorsitz vertritt die Europäische Union auch auf internationaler Ebene. Er arbeitet eng mit der Europäischen Kommission zusammen und er wird vom Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik unterstützt.

Die Vertretung gegenüber Ländern außerhalb der Europäischen Union im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)<sup>19</sup> erfolgt vielfach im so genannten Troika-Format. Die Troika besteht seit dem Amsterdamer Vertrag 1997 aus der aktuellen Präsidentschaft, dem Hohen

---

<sup>18</sup> Bearbeitet nach: [www.eu2007.de](http://www.eu2007.de), 16.2.2008.

<sup>19</sup> [www.wikipedia.org/de/wiki/GASP](http://www.wikipedia.org/de/wiki/GASP), 16.2.2008.



Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, sowie einem Vertreter der Europäischen Kommission. Der Vorsitz wird bei diesen Aufgaben gegebenenfalls von dem Mitgliedstaat, der den nachfolgenden Vorsitz wahrnimmt, unterstützt.

In Internationalen Organisationen, wie zum Beispiel den Vereinten Nationen oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), gibt der Ratsvorsitz Erklärungen und Stellungnahmen ab, die er vorher mit den anderen EU-Mitgliedstaaten abstimmt. Auch bei großen internationalen Konferenzen spricht der Vorsitz im Namen der Europäischen Union.

### **3.6. Entscheidungsprozess**

Der Rat entscheidet mit einfacher Mehrheit, qualifizierter Mehrheit oder einstimmig.

Über eine Vertragsänderung, eine neue gemeinsame Politik oder den Beitritt eines neuen Mitgliedstaats muss der Rat einstimmig beschließen.

In den anderen Fällen ist zumeist die qualifizierte Mehrheit erforderlich. Das bedeutet, dass ein Ratsbeschluss angenommen wird, wenn für diesen Beschluss eine bestimmte Mindestzahl von Stimmen abgegeben wird. Die Zahl der Stimmen für jedes EU-Land entspricht in etwa der Größe seiner Bevölkerung.<sup>20</sup>

### **3.7. Logistik**

Die EU-Ratspräsidentschaft bedeutet neben der inhaltlichen Aufgabenstellung auch eine organisatorische Herausforderung. Diese besteht unter anderem darin, weltweit eine Vielzahl von Konferenzen zu koordinieren und mehr als 150 Treffen, viele auf Ministerebene, selbst auszurichten.

---

<sup>20</sup> Bearbeitet nach: [www.eu2007.de](http://www.eu2007.de), 16.2.2008.

### **3.8. Vorsitz im Europäischen Rat und im Rat der Europäischen Union**

**2007 Deutschland**, Portugal

2008 Slowenien, Frankreich

2009 Tschechien, Schweden

2010 Spanien, Belgien

2011 Ungarn, Polen

2012 Dänemark, Zypern

2013 Irland, Litauen

2014 Griechenland, Italien

2015 Lettland, Luxemburg

2016 Niederlande, Slowakei

2017 Malta, Vereinigtes Königreich

2018 Estland, Bulgarien

2019 Österreich, Rumänien

2020 Finnland,<sup>21</sup> ?

---

<sup>21</sup> [www.eu2007.de](http://www.eu2007.de), 16.2.2008.

## **4. Die Rezeption der deutschen Ratspräsidentschaft in der Presse**

### **4.1. Deutschland übernimmt EU-Vorsitz**

#### **Tafelrunde mit straffem Programm**<sup>22</sup>

22.12.2006, Der Artikel von Jeanne Rubner, Süddeutsche Zeitung

Die Süddeutsche Zeitung berichtet 22.12.2006 am Ersten Mal von der deutschen Ratspräsidentschaft. Die wird mit einem Abendessen verglichen. Die Autorin beschreibt Deutschland als Gastgeber, der wie beim Abendessen Themen setzen, Gespräche lenken, Schwätze bremsen, Redepause überbrücken und vor allem Streitigkeiten versöhnen muss.

Der deutsche EU-Vorsitz beginnt erst am 1.1.2007 und deshalb herrscht nach der SZ noch Rücksicht auf die finnische Regierung, die noch im Dezember 2006 die Vorsitzführung inne hat.

Weiter werden die offiziellen Internetseiten der deutschen Präsidentschaft [www.eu2007.de](http://www.eu2007.de), sowie ihr Logo, karg eingeschätzt. Die Autorin informiert, dass man auf den Seiten das Arbeitsprogramm der Präsidentschaft nicht finden kann und weist die Leser auf die Seiten [www.auswaertigen-amt.de](http://www.auswaertigen-amt.de) hin. Sie findet die bisherige Präsenz der deutschen Präsidentschaft im Internet ganz schwach und gibt dazu, dass zwei von drei Bundesbürgern nichts von der deutschen Ratspräsidentschaft wissen.

Die Autorin meldet, dass nach dem Programm die Energie- und Wirtschaftspolitik bis zum Frühjahrsgipfel dominieren sollen. Dann soll Merkel nach der SZ einen Energie-Aktionsplan vorlegen, der die Mitglieder auf die gemeinsamen Ziele im Bereich Sicherung der Rohstoffe festlegt. Weiter werden andere Hauptpunkte wie Selbstverpflichtung der Mitglieder, mehr Geld für Bildung und Forschung auszugeben oder die Märkte flexibler für Arbeit und Dienstleistungen machen zusammenfasst. Eines von den wichtigsten Zielen sah nach der Autorin die Bundesregierung im Bürokratieabbau.

---

<sup>22</sup> <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/191/96095/20.5.2007>.

Was die Außenpolitik betrifft, berichtet die SZ von vielen Aufgaben, die die Bundesregierung zu erledigen hat. Es sind unter anderem die Verhandlungen über ein neues Partnerschaftsabkommen mit Russland, Vorschläge für eine neue Nachbarschaftspolitik mit Staaten wie Ukraine oder Georgien, die an die EU grenzen, aber ihr Beitritt nicht in Frage kommt. Der Türkische-Streit mag begleitet sein, aber was wichtiger ist, Deutschland muss ein Handelsabkommen zwischen der EU und dem Teil der Türkei-Zypern aushandeln. Darüber hinaus wird sich die Präsidentschaft mit Iran-Atompolitik, Nahost-Krise oder Kosovo-Status beschäftigen. Schließlich soll die Bundesregierung nach der Autorin die tiefgefrorene Verfassung zum Leben bringen und auf dem Juni-Gipfel Vorschläge machen, wie sie zum wichtigsten Werkzeug Europas zu machen.

Der Artikel informiert übersichtlich von den bedeutendsten Aufgaben und Vorhaben der deutschen Ratspräsidentschaft, aber ist auch ganz kritisch und skeptisch, was das öffentliche Bewusstsein von dem EU-Vorsitz in Deutschland betrifft und verbindet dies mit ungenügenden und ungenauen offiziellen Internetseiten der Präsidentschaft und einer niedrigen Präsenz dieses Thema im Internet.

#### **4.2. EU-Ratspräsidentschaft**

##### **Ein sechsmonatiger Balanceakt**<sup>23</sup>

27.12.2007, von Michael Stabenow, Brüssel, Frankfurter Allgemeine Zeitung

Die erste Erwähnung der FAZ bezüglich der deutschen Ratspräsidentschaft kam am 27.12.2007. Die FAZ informierte von drei wichtigsten Vorsätzen der Bundesregierung und zwar: „Mehr Beschäftigung für Europa im globalen Wettbewerb, die innere Festigung und Fortentwicklung der Union und die Stärkung und Fortentwicklung des Profils der Europäischen Union in ihren Außenbeziehungen.“ Es sieht aus wie die Vorhaben der deutsche Regierung für das erste Halbjahr 2007, es ist aber nicht so. In der Tat sind das die Vorhaben des deutschen EU-Vorsitzes im ersten Halbjahr von 1999, als Deutschland am letzten

---

<sup>23</sup><http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E2C83404876384AD18D362D9D8B2D528E~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, 12.2.2008.

Mal den Vorsitz innen hatte. Nach der FAZ blieben aber die Vorsätze fast gleich: „Europas Antwort auf die Globalisierung sowie die Sicherung seiner Handlungsfähigkeit nach innen und nach außen“ sind die drei Hauptherausforderungen, denen sich die EU auch zu Beginn der kommenden deutschen Präsidentschaft gegenübersteht.

Weiter berichtete die FAZ auch über die neuen Aufgaben des Ratsvorsitzes wie Liberalisierung Europas und Fortschritte in der Energiepolitik und Klimaschutz. Die EU wolle nach der FAZ Antworten auf die Sorgen der Bürger bieten. Das soll am Ende März in einer „Berliner Erklärung“ zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge dokumentiert werden, meldete die FAZ. Hoffnung werde auch in den deutschen Vorsitz gesetzt, was die Wiederbelebung des EU-Verfassungsprozesses betrifft, gibt die FAZ zu.

Eine der kompliziertesten Aufgaben für die deutsche Präsidentschaft sieht die FAZ in der sog. „Weiterentwicklung des Europäischen Sozialmodells“. Das soll nach der Bundesregierung bedeuten, die auf dem Arbeitsmarkt gewünschte Flexibilität und den sozialen Schutz zu verbinden. Das ganze soll grenzüberschreitend gelten, weil Deutschland die Arbeit an der geplanten Regelung von Betriebsrenten vorantrieben will, informierte die FAZ.

Weitere Ziele, die die Bundesregierung zu verfolgen habe, sind bessere Rechtsetzung für Unternehmen und Bürger und Bürokratieabbau bis 2010 um ein Viertel.

Der Artikel wird sowie am Anfang mit einem Vergleich mit dem Jahr 1999 beschlossen. „Nur gemeinsam ist Europa stark genug, um im internationalen Umfeld zu bestehen. Nur gemeinsam wird Europa gelingen,“ klingt das deutsche Stichwort für das erste Halbjahr 2007 und ist im Vieles ähnlich, wie die deutsche Devise für die Präsidentschaft des Jahres 1999: „Nur wenn die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten ihre Kräfte überzeugend bündeln, wird Europa in einer multipolaren Welt im Wettbewerb der Zukunft eine Chance haben.“

### **4.3. Merkel will EU-Verfassung retten**<sup>24</sup>

17.1.2007, von Michael Stabenow, Straßburg, Frankfurter Allgemeine Zeitung

Am 17. Januar 2007 stand die Bundeskanzlerin Angela Merkel erstmals vor dem Europäischen Parlament in Straßburg als Hauptvertreterin der Ratspräsidentschaft. Sie hatte bei diesem ersten Treffen ihr Programm für die EU-Präsidentschaft vorgestellt.

Nach der FAZ hatte sich Merkel klar zu dem europäischen Verfassungsprozess bekannt. Als der wichtigste Hinweis wurde die Unterschreibung der Verfassung spätestens bis zum zweiten Halbjahr 2008, wenn Frankreich den EU-Vorsitz inne hat, verstanden. Nach Merkel liege es im Interesse Europas, seiner 27 Mitgliedstaaten und der fast 500 Millionen Bürger den Prozess bis zu den Europawahlen im Juni 2009 zu einem „guten Ende“ zu führen.

Der Titel von Merkels Rede heißt : „Europas Seele ist die Toleranz“. Sie betonte vor allem die Werte die der europäischen Einigung zugrundeliegen. Einerseits benötigte Europa nach der Bundeskanzlerin die Vielfalt, andererseits beziehe es seinen Anspruch auch aus einem gleichberechtigten Miteinander der EU-Partner und der Bereitschaft, sich gemeinsamen Herausforderungen - von der Bewältigung der Globalisierung bis zum Klimaschutz - zu stellen. Im März ist eine Erklärung der Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Staaten sowie des EU-Parlaments und der Europäischen Kommission geplant. Dort sollen die gemeinsamen Werte einfließen, meldete die FAZ.

Merkel traf in Straßburg auch mit den Ministerpräsidenten Portugals und Sloweniens zusammen, berichtete die FAZ weiter. Diese Regierungen werden die Ratspräsidentschaft gleich nach Deutschland- sowie in der ersten Jahreshälfte 2008 führen, deshalb einigte sich die Bundesregierung mit ihnen auf einem gemeinsamen Arbeitsprogramm.

In der Debatte sagten Sprecher mehrerer Fraktionen Merkel die Unterstützung bei der geplanten Wiederbelebung des Verfassungsprozesses zu, informierte die FAZ.

---

<sup>24</sup><http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E653D46C210E8443CBB811BC1C86C39BD~ATpl~Ecommon~Scontent.html> , 28.1.2008.

Es sieht so aus, dass das erste Treffen ruhig und erfolgreich verlief. Die Rede der Bundeskanzlerin wurde positiv angenommen und die Abgeordneten versprachen ihr die Unterstützung in dem Verfassungsprozess, was sich als wichtigstes Ziel zeigte.

#### **4.4. EU-Verfassung**

##### **Brown will angeblich Veto einlegen**<sup>25</sup>

1.2.2007, Süddeutsche Zeitung

Die SZ meldete am 1.2.2007 mit einem Bericht über die zukünftigen Pläne des britischen Finanzministers und designierten Premiers Gordon Brown. Es ging um seine Stellung zur EU-Verfassung und ihren Ratifikationsprozess.

Gordon Brown äußerte sich, dass er sich bis zum Veto des Verfassungsvertrags selbst stellen könnte. Die EU-Pläne für einen umfassenden Verfassungsvertrag wolle er blockieren, berichtete die SZ unter Berufung auf Times und ungenannte Quelle. Brown habe nicht vor, den bisherigen Verfassungsvertrag zu unterschreiben und wolle nicht mehr als einem „Mini-Vertrag“ zustimmen, informierte die SZ.

Nach Angaben der Zeitung soll der Browns-Vertrag vor allem technische Änderungen im Abstimmungs-system oder eine Abschaffung der rotierenden Präsidentschaft enthalten. Es handelt sich auch von einem Referendum, aber Brown wolle nicht davon hören, bevor Verhandlungen über seine Forderungen beginnen.

Das Blatt schließt diesen Artikel mit Hoffnung, die auf Deutschland gesetzt wird. Die deutsche EU-Präsidentschaft will schon vom Anfang an Vorschläge vorlegen, damit sich die ganze Situation beruhigt und der Verfassungsprozess nicht blockiert wird.

---

<sup>25</sup> <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/338/100238/>, 20.3.2008.

#### **4.5. Merkel: „Es ist Zeit zu handeln“<sup>26</sup>**

1.3.2007, Frankfurter Allgemeine Zeitung



Die FAZ kam am 1.3.2007 mit einem Bericht aus dem Bundestag. Merkel sagte in einer Regierungserklärung am Donnerstag vor dem ersten EU-Gipfel unter deutscher Präsidentschaft, dass man dem Klimawandel „nicht tatenlos zusehen“ könnte. Nach der Bundeskanzlerin ist noch „Zeit zu handeln“, um die Erderwärmung zu stoppen, meldete die FAZ.

Merkel brachte den Vorschlag der EU-Kommission an, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 Prozent zu senken. „Wenn andere internationale Player mit dabei sind, können wir auch 30 Prozent ins Auge fassen“, informierte die Bundeskanzlerin laut der FAZ. Die bedeutendste Idee sei Ökonomie und Ökologie in der Zukunft miteinander zu verbinden.

Auch das Ziel, bis 2012 den Kohlendioxidausstoß von Fahrzeugen mit neuartigen technischen Mitteln auf 130 Gramm pro Kilometer zu begrenzen, hätte die Bundesregierung unterstützt.

Dem Vorwurf, dass sie die deutsche Autoindustrie verschonen will, trat Merkel entgegen und erklärte, dass auch für die deutschen Autohersteller diese

---

<sup>26</sup><http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~EF4CAECAA7848421CB89CBBC64262C075~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, 14.2.2008.



Verpflichtung gelten werde. Nur so könnten die Durchschnittsemissionen reduziert werden. Mit einem Vorwurf kam auch der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle. Er äußerte sich, dass den Klimawandel bekämpfen zu wollen und gleichzeitig aus einer Spitzentechnologie wie der Atomenergie auszusteigen, verschlechtere die Umweltlage, vergrößere die Energieabhängigkeit und beschädige die wirtschaftlichen Perspektiven Deutschlands, informierte die FAZ. „Den CO<sub>2</sub>-Ausstoß mit Atomkraft zu bekämpfen, heißt den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben,“ gebe Westerwelle zu.

Laut „Financial Times“ will der britische Premierminister Tony Blair beim Frühjahrsgipfel das Ziel unterstützen, den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20 Prozent zu erhöhen, berichtete die FAZ. Umwelt-, Verbraucherschutz- und Verkehrsverbände beantragen, einen Klima-Appell an die EU zu unterschreiben und damit konkrete klimapolitische Schritte einzufordern, informierte die FAZ.

Natürlich sprach man auch über die Verfassung, die die deutsche Ratspräsidentschaft wiederbeleben will. Nach Merkel muss ein Zeichen gesetzt werden, damit die Union in einer globalisierten Welt wettbewerbsfähig bleibt. Bis Juni wolle die deutsche Ratspräsidentschaft an einem Fahrplan arbeiten. „Ein Fahrplan ist zu wenig; Inhalt ist gefragt“, bemängelte indes Westerwelle. Laut ihm muss die Bundesregierung darlegen, welche Haltung sie einnehme und für welchen Verfassungstext sie sich einsetze. Der Vorsitzende der Linksfraktion, Oskar Lafontaine, forderte die Einbeziehung der Bevölkerung in die Entscheidung über die Verfassung, berichtete die FAZ.

Die Opposition im Bundestag kritisierte die Rede der Bundeskanzlerin als wenig ambitioniert, viele weitere Abgeordnete haben auch verschiedene Vorwürfe zu ihren Ideen. Es zeigt sich auf dem ersten Gipfel, wie erfolgreich ihre Vorschläge sein werden.

#### **4.6. SZ-Interview mit Angela Merkel, „Europa muss eine Vorreiterrolle spielen“<sup>27</sup>**

4.3.2007, Interview von Stefan Kornelius und Martin Winter, Süddeutsche Zeitung

Die SZ brachte vor dem ersten EU-Gipfel ein Interview mit der Bundeskanzlerin. Das Interview mit Angela Merkel beginnt mit einer kurzen Diskussion über die Energiesparlampen im Merkels zuhause. Es ist eine Vorphase des Gesprächs über bedeutungsvolle EU-Themen. Merkel erklärte wieviel Energie und CO<sub>2</sub> könnte gespart werden, wenn in Deutschland herkömmliche Glühlampen ersetzt würden. Sie betont, dass man überlegen muss, welche Maßnahmen die Wirkung haben.

Dann kommt das heikle Thema-Klima und Energiepolitik. Die Bundeskanzlerin informiert, dass ein Aktionplan für Klimaschutz und Energiepolitik so konkret wie noch nie in der EU-Geschichte verabschiedet wird. Es soll ein Konzept werden, der Klimaschutz, Nachhaltigkeit der Energieaußenbeziehungen, Binnenmarkt, Wettbewerb und Umweltschutz umfasst. Zum Ersten Mal werden auch Einzelziele festgelegt wie z.B. Minderung der Treibhausgase bis 2020. In diesem Problem ist nach Merkel die EU geeinigt, dass Europa die Vorreiterrolle in der Welt spielen soll, wenn die Verpflichtungen anderer Länder wie der USA, China, Indien einfordern will. Nach dem Kyoto-Protokoll hat sich die EU verpflichtet, die CO<sub>2</sub> Emissionen zwischen 1990-2012 um acht Prozent zu reduzieren und Deutschland trägt drei Viertel dieser Verpflichtung. Jetzt beabsichtigt die Bundeskanzlerin eine Reduktion von CO<sub>2</sub> Ausstoß von 20 Prozent bis 2020. Sie gibt zu, dass es ein sehr ambitionierter Plan ist, der weitreichende Auswirkungen haben wird.

Weiter erklärt Merkel die Situation in der grünen Branche. Sie informiert, dass in den USA die Nutzung von Biokraftstoffen in großem Ausmaß wächst und die EU beabsichtigt etwas Ähnliches mit nachwachsenden Rohstoffen. Es bringt nach der Bundeskanzlerin Preisveränderungen in bestimmten Sektoren wie z.B. Holz- oder Biomasseverarbeitung und deshalb müssen die EU-Rahmenbedingungen

---

<sup>27</sup> <http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/331/104227/>, 5.11.2007.

richtig gesetzt werden. Die Interviewer wenden aber ein, dass es immer stark nur in Nationalrahmen gedacht wird und diese schöne Bedingungen nicht zu viel angewandt werden. Merkel sagt dazu, dass jetzt zu eine Paradigmawechsel kommt. Die Staaten hätten ihre eigene Energiepolitik bisher allein gemacht, aber jetzt würden auch die Fragen wie Solidarität in Energiepolitik besprochen. Es gibt keine Pipelines zur Energielieferung von West nach Ost, es sind nur die nicht ordentlich verbundenen Stromnetze zur Verfügung gestellt. Das hält die Bundeskanzlerin für einen weiteren Grund, sich mit dem europäischen Verfassungsvertrag zu befassen.

Nächste Frage betrifft den EU-schwierigen Hauptversorger Russland. In diesem Fall betont Merkel, dass Verlässlichkeit in den Energiebeziehungen für die EU entscheidend ist und dass die EU auch darauf achten wird, nicht nur einseitige Energiebeziehungen zu entwickeln. Die (un)einheitliche Wahrnehmung Russlands wird auch von der SZ nachgefragt, aber Merkel widerspricht damit, dass Europa gemeinsam auftritt. Die wichtigste Botschaft sah Merkel in der Sicherheit, deswegen muss man nicht mehr national, sondern europäisch denken.

Auf die Frage, ob Russland Gas und Öl als Waffen benutzt, antwortet Merkel negativ. Sie hält Russland für einen zuverlässigen Energielieferanten und Partner, der sich bewusst ist, dass es wichtig für seine eigene Entwicklung ist, zuverlässig zu wirken. Die Bundeskanzlerin zugibt, dass sie die wirtschaftliche Anwesenheit Russlands in Europa unterstützt, weil auch die EU Interesse an russischen Erdgasfeldern hat. Gute Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und der EU könnten aber nur auf Gegenseitigkeit beruhen.

Eine der letzten Fragen betrifft der Verfassung. Die Interviewer fragen, ob der Verfassungsprozess wieder in Gang ist und ob es unter den Mitgliedstaaten gemeinsame Visionen und Kraft gibt. Merkel lässt zu, dass es eine komplizierte Aufgabe ist und unter den Mitgliedstaaten ein Gefühl herrscht, dass sich Europa in einer entscheidenden Phase befindet.

Auf die Frage bezüglich der EU-Haushaltstruktur und ihre Reformvollendung antwortet die Bundeskanzlerin nur schlicht, dass die Entscheidungen zur

Verfassung spätestens bis zu zweitem Halbjahr 2008 unter der französischen Präsidentschaft zu treffen sind.

Das ganze Interview zeigt, dass die Bundeskanzlerin zu großen Veränderungen auf der EU-Ebene bereit ist. Es geht nicht nur um Umdenken von Nationalbewusstsein zum europäischen Denken, sondern auch um viele geplante Aufgaben, die das Gesicht Europas ändern sollen. Es zeigt sich erst nach Ende dieser Ratspräsidentschaft, ob solche Vorhaben nicht zu übertrieben waren und ob sie zu erfüllen sind.

#### **4.7. EU-Gipfel**

##### **Unmut über die Pflicht zur Sonnenenergie**<sup>28</sup>

08. März 2007, von Hendrik Kafsack, Brüssel, Frankfurter Allgemeine Zeitung

Am 8.und 9.März 2007 hat in Brüssel das Frühjahrsgipfeltreffen unter der deutsche Präsidentschaft stattgefunden. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union versammelten sich, damit sie über den Klimawandel reden, meldete die FAZ.

Das Vorhaben war verbindliche Ziele für den weiteren Abbau des Kohlendioxidausstoßes und den Ausbau erneuerbarer Energiequellen festzulegen, informierte das Blatt. Viele Spezialisten aus der Wirtschaft, aber auch aus der Union, sehen mit Sorge, dass Angela Merkel auf dem ersten EU-Gipfel unter ihrer Präsidentschaft der Umweltpolitik ein zu großes Gewicht geben könnte. Denn die deutsche Vorreiterrolle, die die Bundeskanzlerin anstrebt, die Wirtschaftskraft des Landes gefährden könnte, informierte in einem Artikel vom 7.3.2007 für die FAZ Andreas Mihm.

Merkel wollte laut der FAZ die Debatte auf das Thema Atomenergie vermeiden. „Jeder Staat müsse und könne selbst wissen, ob er die Atomkraft nutze,“ äußerte sich die Bundeskanzlerin nach der FAZ. Frankreich stellt aber Bedingungen unter

---

<sup>28</sup><http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~EA5A20BEA21AE4786BCB1E1C1919755C3~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, 8.1.2008.

denen es die verbindliche Verpflichtungen bezüglich CO<sub>2</sub> Ausstoß und dem Anteil der erneuerbarer Energie unterschreiben wird. Die französische Europaministerin Colonna erklärte nach der FAZ, dass die EU muss die Atomkraftenergie bei den Verhandlungen berücksichtigen. Auch andere EU-Staaten stellen sich gegen die Pflicht zum Ausbau von Wasser-, Wind- und Sonnenkraft sowie Biomasse, meldete die FAZ. Die Tschechische Republik setzte sich wie Frankreich auch dafür, die Kernenergie lieber als erneuerbaren Energien auszunutzen. Deutschland, Irland und Österreich bezweifeln sich einerseits über die Atomkraft, Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen, bauen andererseits neue Atomkraftwerke.

Ferner informierte die FAZ, dass die osteuropäischen Mitgliedsländer fürchten, dass verbindliche Ziele für die erneuerbaren Energien ihrer Industrie schaden. Was helfen könnte, wäre ein weniger emotionaler Umgang mit dem Thema: ein rationeller Umgang mit Ressourcen, weniger Verbotsphantasien, dafür mehr effizienzsteigernde marktnahe Lösungen, verbunden mit einem Ausbau der staatlichen Energieforschung, schrieb Mihm in seinem Artikel.

Die geplante Senkung des CO<sub>2</sub> Ausstoßes um 20 Prozent bis 2020, die die neuen Mitgliedstaaten nicht schaffen können (und die alten nicht wollen), wird auch mit Angst erwartet, weil einigen Osteuropastaaten wie Poland befürchten sich, dass deren Industrie sich nicht so leicht darauf einstellen könne, kommentierte die FAZ.

Von Kommission und der EU-Ratspräsidentschaft kam nach der FAZ die Zusage, dass kein Land vor eine unlösbare Aufgabe gestellt werde. Das reicht aber nicht aus, um die Osteuropäer zu überzeugen, meldete das Blatt. Die Bundeskanzlerin erklärte, dass nicht jedes EU-Land müsste 20 Prozent des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energie ausnützen, sondern die ganze EU im Durchschnitt. Das Ziel für die einzelnen Mitgliedstaaten würde je nach den ökonomischen und landschaftlichen Voraussetzungen berechnet, berichtete die FAZ. Konkrete Zahlen sollen bis Herbst angekündigt werden. Die FAZ informierte, dass die tschechische Diplomaten sagten, dass die Tschechische Republik schon mit der Erhöhung der erneuerbaren Energien auf 9 Prozent überfordert wird.

Die Bundeskanzlerin bereitete für den Gipfel einen Aktionsplan zum Klimaschutz vor. Danach sie es den Staats- und Regierungschefs anbrachte, musste sie viele

Vorwürfe und starke Widerstände überwinden. Der Atomausstieg wird zu einer preistreibenden Angebotsverknappung für Haushalte und Wirtschaft führen. Die weltweit wachsende Nachfrage nach Energie wird die Kosten treiben. Die Versorgung wird sich auf weniger Anbieter konzentrieren und damit unsicherer werden. Eine Regierungsstrategie, die dem rationelleren Einsatz von Energie einen Schub geben könnte, ist jedoch nicht in Sicht, schrieb Andreas Mihm, am 7.3.2007 für die FAZ. Er vermutet sich, dass das Wohlfühlklima gibt es nicht kostenfrei und für Fehlentscheidungen bezahle die Gesellschaft auf lange Sicht mit Wachstums- und Wohlfahrtsverlusten. Er gibt zu, dass man den Bürgern vorher ehrlich sagen soll, worauf sie sich gefasst machen müssen, wenn Energiepolitik einseitig auf Umweltschutz ausgerichtet wird, äußerte er sich im Blatt.

Es wird sich aber erst zeigen, ob die Bundeskanzlerin ihren Plan zu einer erfolgreichen Ende lenken kann, oder das 20-Prozent-Ziel für die erneuerbaren Energie am Ende nur als unverbindliche Richtgröße verankert wird. Nach den ungeschriebenen Gesetzen der EU gelingt eine Präsidentschaft eines der beiden größten Mitgliedsländer nur, wenn in den zentralen Fragen ein Konsensus mit dem anderen besteht, wenn also der sogenannte deutsch-französische Motor läuft. Nach dem ersten Gipfel scheint es also nicht zu positiv für der deutschen Ratsvorsitz, aber er ist erst am Anfang und die Bundeskanzlerin sieht so aus, dass sie nichts im Voraus aufgibt.

#### **4.8. Tag des Jubiläums**

##### **Erfolgreiche Zwischenbilanz für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft<sup>29</sup>**

25.3.2007, [www.eu2007.de](http://www.eu2007.de)

Anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge veranstaltet die Bundesregierung am 24. und 25. März ein großes Europafest in Berlin. Das Europafest umrahmt den informellen Gipfel der Staats- und

---

<sup>29</sup>[http://www.eu2007.de/de/News/Press\\_Releases/March/0321BMIBilanz.html](http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/March/0321BMIBilanz.html), 12.12.2007.

Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer in Berlin, der am 25. März stattfindet. Vor den Feierlichkeiten hielt der Bundesminister des Innern eine Rede, die eine Zwischenbilanz in der Hälfte der deutschen Ratspräsidentschaft betrifft. Die berliner Botschafter der EU-Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten waren von dem Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble zu einem Arbeitsgespräch eingeladen, um die innenpolitischen Themen der EU-Ratspräsidentschaft zu besprechen.

Zur Halbzeit der Präsidentschaft äußerte sich Schäuble, dass die erste Hälfte ist erfolgreich verlaufen. Der Internetportal [www.eu2007.de](http://www.eu2007.de) informiert ferner, dass Minister Schäuble sieht die bedeutendsten Ziele im Prozess der weiteren Fortsetzung eines Ausbaus, gemeinsam mit seinen Partnern in der Trio-Präsidentschaft Portugal und Slowenien, des gemeinsamen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ganz im Sinne des Präsidentschaftsmottos „Europa sicher leben“. Die Internetseiten rekapitulieren, dass schon nach der ersten Ratstagung am 15. Februar in Brüssel gelang es ein politisches Einvernehmen zu erzielen. Die wesentlichen Bestimmungen des Vertrages von Prüm<sup>30</sup> waren in den Rechtsrahmen der Europäischen Union überführt. Die Grundlage dieses Vertrag besteht darauf, dass die Mitgliedstaaten untereinander einen automatisierten Zugriff auf Fahrzeugregisterdaten, DNA-Analyse-Dateien und daktyloskopische Dateien gewähren. Weiterhin konnten im Bereich der Terrorismusbekämpfung die deutschen Vorschläge zu einer abgestimmten Arbeitsteilung der Mitgliedstaaten beim Beobachten und Analysieren von Internetauftritten terroristischer Strukturen wesentlich vorangebracht werden, informierte der Portal. So wird in Kürze für die Mitgliedstaaten bei Europol ein Informationsportal eingerichtet. Die Änderungsprotokolle der Europolkonvention wurden durch alle Mitgliedstaaten ratifiziert und deshalb wird Europol an die Anforderungen moderner Kriminalitätsbekämpfung angepasst, kommentierte der Portal. Bezüglich des Anschlusses der am 1. Mai 2004 beigetretenen neuen Mitgliedstaaten an das Schengener Informationssystem hatte die deutsche Präsidentschaft dazu beitragen, dass Grenzkontrollen am Ende 2007 aufgehoben werden können.

---

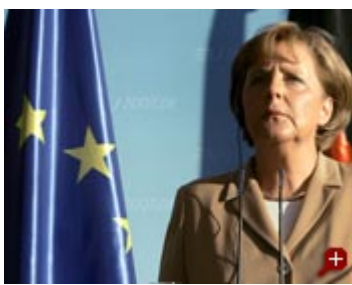
<sup>30</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Pr%C3%BCmer\\_Vertrag](http://de.wikipedia.org/wiki/Pr%C3%BCmer_Vertrag), 28.3.2008.

Eine große Menge weiterer Aufgaben hatte der deutsche EU-Vorsitz bisher mit Erfolg beendet oder vorangebracht. Es sind zum Beispiel der Schutz der gemeinsamen Außengrenzen und der Bekämpfung illegaler Migration, Unterstützung Frontex<sup>31</sup> bei der Bildung eines technischen Zentralregisters sowie Erarbeitung EU-Weißbuch zum Sport, damit die Mitgliedstaaten besser vernetzt im Bereich Anti-Doping-Organisationen werden. Ein besonderes Ergebnis der bisherigen deutschen Ratspräsidentschaft ist auch die Entscheidung, die im Anschluss an erste der Ratstagung am 15. Februar getroffen war, eine informelle Hochrangige Gruppe einzusetzen. Aufgabe dieser Gruppe ist es, einen Anstoß zur Weiterentwicklung der europäischen Innenpolitik im Blick auf die Nachfolge des 2009 auslaufenden Haager Programms<sup>32</sup> zu geben. Weiter ist auch vorgesehen, dass die Gruppe Möglichkeiten einer effizienteren Arbeit des Rates sowie zur Verbesserung oder Vereinfachung bestehender EU-Regelungen benutzt und sich politisch mit der Frage befasst, in welchen Bereichen auf EU-Ebene intensiver zusammengearbeitet werden sollte, meldete der Portal.

#### **4.9. Zu weit gesprungen**<sup>33</sup>

##### **Die Kanzlerin spricht nur noch von einem „Änderungsvertrag“**

15. Juni 2007, Von Günther Nonnenmacher, Frankfurter Allgemeine Zeitung



Ein Artikel mit dem Titel „Zu weit gesprungen“, der schon auf den ersten Blick nicht zu positiv aussieht, kam eine Woche vor dem letzten EU-Gipfel unter der

<sup>31</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Frontex>, 28.3.2008.

<sup>32</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Haager\\_Programm](http://de.wikipedia.org/wiki/Haager_Programm), 28.3.2008.

<sup>33</sup> <http://www.faz.net/s/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1/Doc~E954FC54775BA4165BE9C68B649E11C7B~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, 15.2.2008.



deutschen Präsidentschaft in der FAZ aus. Es handelt sich um eine kurze Zusammenfassung des Verfassungsprozesses.

Am Anfang schrieb der Autor, dass die Bundeskanzlerin in den verlaufenen fast sechs Monaten einen weiten Weg gegangen ist. Es war nicht ausgeschlossen, dass die Mitgliedstaaten (die Niederlande, Frankreich), in denen das Dokument abgelehnt wurde, eine neue Volksabstimmung noch Mal eben haben. In 18 von 27 Mitgliedstaaten wurde aber der Verfassungsvertrag ratifiziert, informierte das Blatt. Ein neuer „Reformvertrag“ oder „Änderungsvertrag“ sollte deshalb eingerichtet werden. Der soll, laut Merkel, die Substanz des ursprünglichen Verfassungsvertrages so weit wie möglich erhalten.

Mit anderen Worten sagt der Autor, dass der große Sprung nach Vorne nicht gelang und dass das Projekt schlicht und zu ehrgeizig war. Weiter schrieb er, dass es aber kein Grund zum Pessimismus ist und vielmehr wird Realismus gefragt. Die EU hat sich nach der FAZ zu viel vorgenommen und muss sich jetzt wieder auf ihre alte Strategie der kleinen Schritte anpassen.

Es war ein Finanzrahmen im Vorjahr nach schwierigen Verhandlungen beschlossen worden und jetzt muss auf dem kommenden EU-Gipfel in Brüssel ein Fahrplan für die institutionellen Änderungen vereinbart werden, informierte das Blatt. Die Verhandlungen auf dem Gipfel sind schon traditionell sehr schwer und kompliziert nicht nur wegen der polnischen Vertreter Zwillingen Kaczynski, die verhindern wollen, das Abkommen zu beschliessen.

#### **4.10. EU-Gipfel**

##### **Chancen auf Erfolg 50 zu 50<sup>34</sup>**

21.Juni 2007, Süddeutsche Zeitung

Kurz vor Beginn des letzten EU-Gipfels unter dem deutschen Vorsitz meldete die SZ mit einem Blick in die politische Szene, wo sich um die Zukunft der Europäischen Union handelte. Nach der SZ hielten die Regierungschefs ihre Position fest. Die Bundeskanzlerin forderte Kompromissbereitschaft und äußerte sich, dass sie auf eine faire Zusammenarbeit und Übereinkommen hofft. Die SZ berichtete, dass die deutsche Ratspräsidentschaft dazu beitragen will, dass alle Mitgliedstaaten ihre Anliegen vortragen können. Unmittelbar vor dem Gipfel telefonierte Merkel mit dem luxemburgischen Ministerpräsidenten Jean-Claude Juncker. Er sah die Chancen auf einen Erfolg 50 zu 50. Luxemburg will dem Vertrag ohne eine Substanz nicht zustimmen. Seitens Großbritannien wurde ein Veto gegen den neuen Reformvertrag angedroht, informierte die SZ. Nach seinem Sprecher ist Gordon Brown bereit die Verhandlungen zu verlassen, falls seine Forderungen nicht erfüllt werden. Der niederländische Ministerpräsident Jan Peter Balkenende erklärte, dass die Forderungen seines Landes nach Korrekturen des abgelehnten Verfassungsvertrages immer dauern, informierte die SZ. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso äußerte sich, dass er an eine Einigung glaubt. Laut ihm werden aber die Verhandlungen schwierig, hart und lang, meldete die SZ. Am Nachmittag begrüßt die Bundeskanzlerin in Brüssel die Staats- und Regierungschefs in einer ersten Beratungsrunde. Am Abend fangen die Verhandlungen um die Verfassungsreform an.

---

<sup>34</sup> <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/853/119707/>, 12.2.2008.

#### **4.11. Der erste Tag des EU-Gipfels**

##### **Zwischen Frust und Hoffnung**<sup>35</sup>

22.Juni 2007, Süddeutsche Zeitung

Nach dem ersten Tag des bedeutendsten EU-Gipfels, der die Bundeskanzlerin unter ihrer Führung hatte, informierte die SZ, dass keine Entscheidung erzielt wurde. Polen und Großbritannien bestanden fest auf ihren Forderungen und ließen keine Kompromisse zu. Das Ringen um die Reform der EU geht in die entscheidende Runde, aber Merkel ist trotzdem optimistisch, kommentierte die SZ die Situation.

Die Bundeskanzlerin wollte am Freitag ein paar Einzelgespräche mit anderen Regierungschefs führen, dann sollten sich alle 27 wieder in großer Runde zusammentreffen. Nach der SZ kann die Arbeit am Text eines neuen EU-Vertrages erst nach dem Mittagessen beginnen. Bereits in der Nacht traf sich Merkel mit dem französischen Präsidenten Sarkozy, dem polnischen Präsidenten Lech Kaczynski und dem litauischen Staatspräsidenten Valdas Adamkus. Um einen möglichen Kompromiss bei der Stimmgewichtung auszuhandeln, bemühte sich aber die Bundeskanzlerin vergebens, informierte die SZ. Es gebe auch Verhandlungen mit dem britischen Premier Tony Blair, dem niederländischen Ministerpräsidenten Jan Peter Balkenende sowie mit dem Regierungschef Tschechiens Mirek Topolánek. In der Nacht brachte der französische Präsident Sarkozy in der Frage der Stimmgewichtung den Kompromiss von Ioannina<sup>36</sup> als mögliche Lösung. Warschau könnte auch solche Lösung auf der Basis Ioannina-Abkommens angeboten haben.

Großbritannien wehrte sich vor allem gegen die Rechtsverbindlichkeit der Grundrechtecharta und gegen die eigene Rechtspersönlichkeit der EU, die dieser auch den Beitritt zu internationalen Organisationen erlauben würde, meldete die SZ.

Weiter plant Merkel, laut der SZ, den 26 Mitgliedern des Europäischen Rats einen neuen Vorschlag für die Ausarbeitung eines EU-Reformvertrag vorzulegen. Von einem Kompromiss scheinen die Staats- und Regierungschefs

---

<sup>35</sup> <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/953/119807/>, 21.2.2008.

<sup>36</sup> [http://europa.eu/scadplus/glossary/ioannina\\_compromise\\_de.htm](http://europa.eu/scadplus/glossary/ioannina_compromise_de.htm), 30.3.2008.

im Moment weit entfernt zu sein und eine Einigung vor Samstag als unwahrscheinlich gilt, kommentierte das Blatt.

Am ersten Verhandlungstag waren nach Einschätzung der deutschen Delegation bereits echte Fortschritte erzielt worden, meldete die SZ. Nach Beginn der Beratungen verlautete aus den Delegationen, dass die Bedenken der lange widerstrebenden Niederlande gegen das EU-Vertragswerk weitgehend ausgeräumt sind, schrieb die SZ. Die Bundeskanzlerin zeigte sich optimistisch und äußerte sich, dass alle Gipfelteilnehmer entschlossen sind, alles zu unternehmen, um zu einer Übereinstimmung zu kommen. Es gehe laut ihr darum, dass man die Mehrheitstimmungen und die Wünsche in eine Balance bringen soll.

#### **4.12. Verhandlungsmarathon in Brüssel**<sup>37</sup>

22.Juni 2007, [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)



Seit Donnerstagnachmittag, dem 21.6., beraten sich die Staats- und Regierungschefs der EU in Brüssel. Das Ziel war, der EU eine neue vertragliche Grundlage zu geben. Das Ergebnis der Diskussion blieb offen, meldeten die Internetseiten [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de) in dem Artikel vom 22.6.2007.

---

<sup>37</sup> [http://www.bundesregierung.de/nn\\_774/Content/DE/Artikel/2007/06/2007-06-20-europaeischer-rat-ankuendigung.html](http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Artikel/2007/06/2007-06-20-europaeischer-rat-ankuendigung.html), 11.3.2008.

Das Portal berichtete ferner, dass Deutschland im Juni 2006 den Auftrag erhielt, einen Fahrplan für eine Vertragsreform zu erarbeiten. Bis zur Wahl des Europäischen Parlaments im Jahre 2009 soll ein neuer Vertrag von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert sein. Hintergrund war die Ablehnung in Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden im Frühjahr 2005, erinnerten die Internetseiten. Europa verordnete sich daraufhin eine zweijährige Reflexionsphase, die schon abgelaufen sei. Falls der Gipfel nicht erfolgreich beendet wäre, würde Europa nicht handlungsunfähig sein und die EU würde dann weiter nach dem Vertrag von Nizza agieren. Allerdings ist dieser Vertrag für 27 oder gar mehr Länder nicht optimal gestaltet, berichteten die Internetseiten.

Die Interpretation der negativen Volksabstimmungen wurde als Angst vor einem europäischen Superstaat bezeichnet. Deshalb wurde der Begriff "Verfassung" nicht mehr verwendet, wahrscheinlich werden auch keine Symbole und keine Hymne im neuen Vertrag geben.

Der deutsche EU-Ratvorsitz wollte allerdings so viel wie möglich von der Basis-Substanz des ursprünglichen Verfassungsvertrages zu retten. Viele Konsultationen wurden geführt und eine Menge Änderungen aufgenommen. Jetzt werde laut dem Portal der neue Vorschlag als Mandatsentwurf den Staats- und Regierungschefs vorgelegt. Um strittige Punkte darin, soll auf dem Gipfel noch gehandelt werden. Zu denen gehören vor allem der künftige Abstimmungsmodus bei Mehrheitsentscheidungen im EU-Ministerrat, berichteten die Seiten. Nach denen sollen Polen und Tschechien mit dem Vorschlag nicht einverstanden sein. Es geht um das Prinzip der doppelten Mehrheit. Wenn 55 Prozent der Mitgliedsländer zustimmen, würden die Beschlüsse angenommen. Insgesamt müssen laut den Seiten dabei 65 Prozent der EU-Bevölkerung zustimmen. Bisher galt der Nizza-Vertrag, nach dem hätte Polen mit gegen 40 Millionen Einwohnern 27 Stimmen im Rat. Deutschland verfügt über 29 Stimmen mit fast doppelter Zahl der Einwohner. Unsicher ist auch die Rolle des neuen Chefdiplomaten der EU, seine Kompetenzen und Bezeichnungen, schrieben die Internetseiten. In dem Verfassungsentwurf wurde der Posten der EU-Außenministers vorgesehen.

Es gebe aber auch unstrittige Punkte, in denen die 27 Mitgliedstaaten einig seien. Das ist nach den Internetseiten zum Beispiel der ständige Ratspräsident, der

zweieinhalb Jahre amtieren soll und deshalb soll es keine rotierende Präsidentschaft mehr geben. Weiter sind die Mitgliedsländer einig, dass die Kompetenzen des EU-Parlaments gestärkt werden sollen, Parlament und Ministerrat entscheiden gemeinsam sollen. Auch die nationalen Kompetenzen sollen gestärkt werden. Dagegen soll die Zahl der Kommissare kleiner werden. Die bisherige in vielen Bereichen erforderliche Einstimmigkeit bei Entscheidungen im Ministerrat soll durch die qualifizierte Mehrheit abgelöst werden, womit die Gefahr von Blockaden senken soll.

#### **4.13. Die Gipfelstürmerin**<sup>38</sup>

23.6.2007, von Martin Winter, Süddeutsche Zeitung, Brüssel



Die SZ kommentierte einen Tag nach dem letzten Gipfel unter dem deutschen Ratsvorsitz deren erfolgreiche Ergebnisse. Die deutsche Ratspräsidentschaft löste in Brüssel ihre schwierigste Aufgabe, schrieb das Blatt. Nach fast 36 stündigen Verhandlung brachte die Bundeskanzlerin eine neue Vertragsreform für die EU auf den Weg. Mit der Beteiligung Polens. Einfach war das nicht, aber es hat sich gelohnt, meldete die SZ. Eine Regierungskonferenz soll nun den neuen Vertrag in allen Einzelheiten ausarbeiten. Europa hat seine sich

---

<sup>38</sup> <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/169/120020/>, 11.12.2007.

seit zwei Jahren entwickelnde Verfassungskrise beendet, Merkel hat nach der SZ hoch gepokert – und gewonnen.

Bis Ende des Jahres soll die Regierungskonferenz klären, welche Vertragsveränderungen für die neuen Grundlagenverträge nötig sind. Wie geplant, soll das neue Vertragswerk 2009 in Kraft treten. Der neue europäische Vertrag sei so klar aufgebaut und so verständlich geschrieben, dass auch der normale Mensch ihn lesen und sich darüber seiner EU leichter nähern kann, äußerte sich die SZ zum Inhalt des Reformvertrages. Die Bundeskanzlerin hätte sich auch einen respektablen Abschluss verhandelt. Es sei ihr gelungen, die wirklich wesentlichen Teile des Verfassungsvertrages zu retten.

Einer der problematischsten Punkte war der künftige Abstimmungsmodus bei Mehrheitsentscheidungen im EU-Ministerrat, meldete die SZ. Der Verfassungsentwurf sah hier das Prinzip der doppelten Mehrheit vor: Beschlüsse erfordern danach eine Mehrheit von 55 Prozent der Mitgliedsländer. Insgesamt müssen dabei 65 Prozent der EU-Bevölkerung zustimmen.

Nach der SZ wäre der Gipfel an diesem Punkt fast gescheitert. Polen tat sich damit schwer und wollte sogar ein Veto einlegen. Die Kompromisse, die in letzter Minute geschlossen werden mussten, vor allem um die auf Konfrontationskurs fahrenden Polen wieder einzufangen, hinterlassen einen unschönen Fleck auf dem Erfolg, informierte die SZ über die Stellung Polens. Dass die EU nun sagen kann, dass alles noch einmal gut gegangen ist, verdankt sie in erster Linie der deutschen Bundeskanzlerin, lobte offen die SZ ihre Verhandlungsfähigkeiten. Die Kanzlerin hätte mit der faktischen Isolierung Polens gedroht und Warschau zum Einlenken gezwungen.

Die Briten wiederum hätten Bedenken gegen die Rechtsverbindlichkeit der EU-Grundrechts-Charta. Sie solle nicht verbindliches britisches Recht werden, war das Argument. Deshalb sollte sie auch nicht im reformierten Vertragswerk erscheinen. Die Lösung: Die Charta der Grundrechte wird nun rechtsverbindlich, Europa gibt sich einen richtigen Außenminister, auch wenn der nicht so heißt, die europäischen Institutionen werden modernisiert und die Abstimmungsverfahren von ihrer Tendenz zu extremer Langsamkeit befreit, meldete das Blatt.

Was weitere Reformen betrifft, habe die EU in der Zukunft einen ständigen Ratspräsidenten. Der Europäische Präsident soll zweieinhalb Jahre den Europäischen Rat leiten. Damit gebe es keine rotierende Präsidentschaft mehr und es entsteht mehr Kontinuität.

Die nationalen Kompetenzen sollen gestärkt werden: Innerhalb von acht Wochen können nationale Parlamente gegen beabsichtigte Rechtsakte der EU Einspruch erheben, falls sie meinen, dass diese nationale Zuständigkeit verletzen. Das Europaparlament entscheidet künftig gleichberechtigt mit dem Ministerrat über den EU-Haushalt.

Die Zahl der Kommissare soll kleiner werden: Bis 2014 von derzeit 27 auf 15.

Deutschland hatte bereits Mitte 2006 den Auftrag erhalten, einen Fahrplan für eine Vertragsreform zu erarbeiten, erinnerte die SZ. Hintergrund war das "Nein" der Volksabstimmungen zum Verfassungsentwurf in Frankreich und den Niederlanden im Frühjahr 2005. Europa verordnete sich daraufhin eine zweijährige Denkpause. Diese war vorüber. Bis zur Wahl des Europäischen Parlaments im Jahre 2009 soll ein neuer Vertrag von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert sein. Damit die erweiterte EU auch dann handlungsfähig bleibt, berichtete das Blatt.

Entschlossenheit und Durchsetzungskraft im entscheidenden Augenblick waren die wichtigsten und auch wirksamsten Waffen, die die deutsche Bundeskanzlerin benutzt hat. Sie hat geschafft, womit ernsthaft selbst Europaoptimisten zu Beginn des Jahres nicht zu rechnen wagten: eine Einigung bis zum Sommer. Merkels Strategie der monatelangen Geduld und Beharrlichkeit hat sich auf dem Gipfel ausgezahlt. Als am Ende aber außer Polen keiner mehr einer Einigung im Wege stehen wollte, da hat sie alles auf eine Karte gesetzt.

Europa hat sich endlich zu seiner inneren Reform durchgerungen. Nun kann es sich wieder ganz auf den Lauf der Welt konzentrieren, äußerte sich das Blatt.



#### **4.14. Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft<sup>39</sup>**



27.06.2007, von Jonathan Fasel, tagesschau.de

„Was bleibt nach sechs Monaten deutscher EU-Ratspräsidentschaft?“ So begann der Artikel von Jonathan Fasel, der für Tagesschau eine Bilanz der deutschen Präsidentschaft brachte. Unter der Führung von Merkel haben die EU-Staaten Fortschritte in der Klima- und Energiepolitik gemacht, vor allem aber die Reform der europäischen Union beschlossen, äußerte sich der Autor. Tagesschau.de hat bei Europa-Experten nachgefragt, wo die Staatengemeinschaft nun steht.

Experten stellten Anfang 2007 hohe Erwartungen an den Ratsvorsitz der Deutschen, erinnerte Tagesschau. Und nun? "Das Glas ist halb voll, halb leer", sagte Beate Kohler-Koch von der Uni Mannheim. Die Europa-Expertin sei sich sicher: "Die Ergebnisse der Ratspräsidentschaft und des letzten Gipfels sind gut, nur die Art und Weise, wie verhandelt wurde, sollte für die Zukunft überdacht werden." Zwar seien alle Staaten für den neuen Grundlagenvertrag ins Boot geholt worden, aber ob man dafür auch in Zukunft solchen "Kuhhandel" in Kauf nehmen müsse, sei fraglich. Damit sind Ausnahmeregelungen gemeint, die Großbritannien und Polen durchgeboxt hatten. Ähnlich denkt der Politologe Wolfgang Wessels, schrieb der Autor. "Das Ergebnis ist mehr, als man erwarten konnte. Aber der Grundlagenvertrag sei ein Rückschritt im Vergleich zum Verfassungsentwurf. Durch Kompromisse und Ausnahmen geht die ohnehin mangelhafte Transparenz endgültig verloren", erklärte der Politikwissenschaftler der Uni Köln für Tagesschau.de.

---

<sup>39</sup> <http://www.tagesschau.de/inland/meldung18680.html>, 25.12.2007.

Bei der Klima- und Energiepolitik soll seit 9. März 2007 gemeinsame Sache gemacht, informierte der Autor. Hinter der Formel "20-20-20" verbirgt sich die Zusage der EU-Mitgliedsstaaten, bis zum Jahr 2020 rund 20 Prozent weniger Treibhausgase als 1990 in die Atmosphäre zu blasen. Zudem wollen sie 20 Prozent weniger Energie verbrauchen und ihren Anteil an erneuerbaren Energien auf 20 Prozent verdreifachen. Der Plan stieß auf Widerstand in Frankreich, das Atomenergie zu den erneuerbaren Quellen zählen lassen wollte. Polen und Tschechien fürchteten um ihr Wirtschaftswachstum, doch Merkel setzte sich durch, gibt der Autor zu.

Mit der "Berliner Erklärung" zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge schaffte Merkel einen weiteren Teilerfolg. Die Mitgliedsstaaten äußerten ihren Willen, die EU bis zu den Wahlen 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen.

Kristina Notz vom Zentrum für angewandte Politikforschung, sagte zu der Rolle der Ratspräsidentin, dass die Erwartungen an die Bundeskanzlerin so hoch waren, dass Merkel sie zu Beginn dämpfen musste. Dann aber nahm die Ratspräsidentschaft spürbar Fahrt auf. Schließlich habe Merkel Führungsqualitäten gezeigt und die Erwartungen vieler übertroffen, erklärte die Expertin. Stimmen aus Brüssel loben die Diszipliniertheit, das Verhandlungsgeschick und das Engagement der Deutschen. Es ist ein tolles Kompliment an die Adresse von Frau Merkel, so der Autor. Er gab zu, dass die Kanzlerin zwar keine "endgültige Lösung" für die europäische Union gefunden habe, aber auf "die Baustelle Europa ein weiteres Stockwerk draufgesetzt". Vor der Arbeit der Bundesregierung auf EU-Ebene könne man "nur den Hut ziehen", schließt sich auch Politikwissenschaftler Woyke an. Die selbst gestellten Ziele - verbindliche Beschlüsse in der Klima- und Energiepolitik und eine Lösung im EU-Reformprozess - seien durchweg erreicht worden, sagte er für die Tagesschau.de. Der Gipfel hat laut ihm gezeigt, wie große Rolle die nationalen Interessen immer noch spielen.

## **5. Inhaltliche Analyse zu dem Thema der besprochenen Artikel**

In der Bakkalaureatarbeit werden 14 Artikel von Anfang bis Ende des deutschen EU-Ratvorsitzes besprochen. Es handelt sich um Artikel, die in der Süddeutschen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über bedeutendste Ereignisse informierten und wichtigste Ergebnisse der Ratspräsidentschaft kommentierten. Weiter wurden auch Artikel von den Internetseiten [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de), [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) und [www.eu2007.de](http://www.eu2007.de) verwendet.

Der erste besprochene Artikel heißt "Deutschland übernimmt EU-Vorsitz, Tafelrunde mit straffem Programm" und erschien am 27.12.2006 in der Süddeutsche Zeitung. Deutschland wird als Gastgeber, der wie beim Abendessen Themen setzen, Gespräche lenken, Schwätze bremsen, Redepause überbrücken und vor allem Streitigkeiten versöhnen muss, beschrieben. Die Autorin hatte die offiziellen Internetseiten der deutschen Präsidentschaft [www.eu2007.de](http://www.eu2007.de), sowie ihr Logo, karg eingeschätzt. Ferner hatte sie informiert, dass man auf den Seiten das Arbeitsprogramm der Präsidentschaft nicht finden kann. Sie fand die bisherige Präsenz der deutschen Präsidentschaft im Internet ganz schwach und gab dazu, dass zwei von drei Bundesbürgern nichts von der deutschen Ratspräsidentschaft wissen. Aus diesem Kommentar ist klar, dass der Artikel nicht zu optimistisch über die Ratspräsidentschaft schrieb. Es sieht so aus, als ob die SZ die Bundesregierung ein bisschen rügen wollte. Weiter werden die wichtigsten Punkte des Arbeitsprogrammes beschrieben und zusammengefasst.

EU-Ratspräsidentschaft, "Ein sechsmonatiger Balanceakt" heißt der zweite besprochene Artikel, der in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 27.12.2006 herauskam. Es handelt sich um die erste Erwähnung der FAZ bezüglich der deutschen Ratspräsidentschaft. Die FAZ informierte von drei wichtigsten Vorsätzen der Bundesregierung im Jahre 1999, als Deutschland auch den EU-Vorsitz inne hatte und verglich sie mit den Aufgaben der deutschen Ratspräsidentschaft 2007. Dieser Artikel ist weder skeptisch noch optimistisch. Es geht nur um Informationen für Leser und einen Vergleich.

Der nächste Artikel wird "Merkel will EU-Verfassung retten" genannt und erschien am 17.1.2007 in der FAZ. Das Blatt berichtete, dass die Bundeskanzlerin bei dem ersten EU-Treffen ihr Programm für die EU-Präsidentschaft vorgestellt hatte. Die FAZ kommentierte positiv die Rede der Bundeskanzlerin und informierte, dass es gut angenommen wurde. Die Abgeordneten versprachen ihr die Unterstützung in dem Verfassungsprozess, was sich laut dem Blatt als das wichtigste Ziel zeigte.

In dem Artikel "EU-Verfassung, Brown will angeblich Veto einlegen" äußerte die SZ am 1.2.2007 Bedenken, dass der damalige britische Finanzminister Gordon Brown den Verfassungsprozess mit einem Veto blockieren wollte. Laut der SZ hatte Brown erklärt, dass er kleine technische Änderungen in dem Verfassungsvertrag beantragt. Das Blatt schließt diesen Artikel mit Hoffnung ab, die auf Deutschland und die Verhandlungsfähigkeiten der Kanzlerin gesetzt wird.

Der fünfte Artikel heißt "Es ist Zeit zu handeln" und kam am 1.3.2007 in der FAZ heraus. Es handelt sich um Beschreibung der Vorschläge bezüglich des Umweltschutzes, die die Bundeskanzlerin der EU-Kommission vorgestellt hat. Die FAZ kommentierte ihre Absichten ein bisschen skeptisch, weil sie sehr anspruchsvoll sind.

Ein Interview mit Angela Merkel brachte am 4.3.2007 die SZ. Merkel hat sich geäußert, dass „Europa eine Vorreitrolle spielen muss“. Sie meint damit, dass die EU zeigen muss, wie stark sie ist, was den Umweltschutz betrifft. Die SZ-Interviewer fragten nach komplizierten Sachen und wirkten, als ob sie nicht zu überzeugt waren, dass Merkel ihre Aufgaben erfüllen könnte. Sie antwortete aber sehr optimistisch und bemühte sich zu erklären, dass sich ihre Vorschläge durchsetzen lassen.

Am 8.3.2007 erschien in der FAZ ein Artikel, der den Frühjahrgipfel kommentierte. Auf diesem Gipfel wollte die Kanzlerin ihre umweltfreundliche Änderungen durchzusetzen. Die FAZ fragte einige Spezialisten aus der Wirtschaft, ob die besprochenen Vorschläge realisierbar sind. Die haben diese Vorhaben kritisiert und übertragen genannt. Nach diesem Artikel von der FAZ,

gibt Merkel zu große Gewicht der Umweltpolitik, was die Mitgliedländer wirtschaftlich belasten könnte.

“Tag des Jubiläums, Erfolgreiche Zwischenbilanz für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft“, heißt der Artikel von [www.eu20007.de](http://www.eu20007.de), der über die Feierlichkeiten anlässlich des 50.Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge berichtete. Es geht um eine Zwischenbilanz der Ratspräsidentschaft, die ihre Erfolge hervorhebt und weitere Aufgaben und Absichten präsentiert.

Der nächste Artikel von der FAZ, “Zu weit gesprungen“, zusammenfasst sehr kritisch die bisherige Regierung des deutschen Ratsvorsitzes. Die Vorhaben wurden zu ehrgeizig genannt und die alte Strategie der kleinen Schritte wieder beantragt.

Am 21.6 kam in der SZ ein Artikel mit dem Namen “Chancen auf Erfolg 50 zu 50“. Es geht um Schätzungen, wie erfolgreich der kommende EU-Gipfel sein wird. Der luxemburgische Minister äußerte seine Hoffnungen mit Zahlen 50 zu 50 und die SZ Kommentare sehen, als ob sie ihm zustimmten.

Der erste Tag des EU-Gipfels hat die SZ am 22.6.2007 “Zwischen frust und Hoffnung“ genannt. Die SZ kometierte weder optimistisch noch skeptisch, dass keine Entscheidung erzielt wurde. Polen und Großbritannien bestanden fest auf ihren Forderungen und ließen keine Kompromisse zu. Das Ringen um die Reform der EU geht in die entscheidende Runde, aber Merkel ist trotzdem optimistisch, erklärte das Blatt zögernd.

“Verhandlungsmarathon in Brüssel“ heißt der Artikel vom 22.6.2007, der in den Internetseiten [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de) erschien. Die Internetseiten kommentierten die langen Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten über den Reformvertrag und stellten auch weitere zahlreiche strittige Punkte vor. Der Artikel wirkt ein bisschen ängstlich und präsentiert auch Bedenken, ob die Bundeskanzlerin wirklich ihre Vorhaben erfüllen kann.

Die SZ brachte einen Tag nach dem letzten EU-Gipfel unter der deutschen Ratspräsidentschaft einen Artikel, der “Die Gipfelstürmerin“ genannt ist.

Deutschland hat zu diesem Tag viel zu feiern. Die deutsche Ratspräsidentschaft löste in Brüssel ihre schwierigste Aufgabe, lobte das Blatt. Nach 36 Stunden schweiriger Verhandlungen hat Merkel gewonnen, so die SZ. Dieser Artikel ist sehr positiv und voll von Lobsprüchen, die sich Deutschland zweifelsohne verdiente.

Die Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft kam am 27.6.2007 in den Internetseiten [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de). Viele Politikwissenschaftler und andere Spezialisten werden gefragt, wie sie die gesamten Ergebnisse des deutschen EU-Vorsitzes beurteilen würden. Die Kommentare sind allgemein positiv und vor allem die Bundeskanzlerin Angela Merkel wird mehrmals für ihre Verhandlungsfähigkeiten gelobt. Einige Experten äußerten ihre Beunruhigung über die scharfen Verhandlungsmethoden, aber es ist klar, dass ohne solche Einstellung, keine Vereinbarungen getroffen werden konnten. Der Autor gab zu, dass unter der Führung von Merkel die EU-Staaten Fortschritte in der Klima- und Energiepolitik gemacht haben, vor allem aber die Reform der europäischen Union beschlossen.

Die Rezeption der deutschen Ratspräsidentschaft in der Presse war sehr vielfältig. Es ist wichtig zu sagen, dass weder die SZ noch die FAZ die Ergebnisse nur kritisierten oder lobten. Die Einstellung dieser zwei großen Presseverlage war oft unterschiedlich und es scheint, dass unter den Autoren der Artikel eine bestimmte Erregung herrschte. Es handelte sich um die realen Chancen der deutschen Regierung auf Erfolg und die Art und Weise, wie die Präsidentschaft die entscheidenden Verhandlungen führte. Es ist klar, dass die Bundeskanzlerin Angela Merkel schon vom Anfang an eine große Last tragen musste. Solche Hoffnungen, die auf sie gesetzt werden, kann kaum jemand erfüllen. Es ist bewundernswert, weil sie es zu tragen schaffte. Sie musste vielmals Widerstand von ihren Kollegen in der Bundesregierung sowie von den Staats- und Regierungschefs in der EU überwinden. Es wäre auch nicht einfach, wenn die Zeitungen negative oder skeptische Kommentare brachten. Es waren nicht einmal die Titel in der SZ oder der FAZ, die von Problemen informierten. Die deutsche Ratspräsidentschaft orientierte sich aber immer wieder nur auf ihre festgelegten Ziele und Vorhaben, ohne dass sie sich von der Presse beunruhigt ließ. Es erwies sich als gute Strategie. Schon nach dem Frühjahrgipfel kamen Artikel heraus, die die Leistung der Bundeskanzlerin hervorhoben. Man muss zulassen, dass auch

negative Meinungen in der Presse auftauchten, die die anspruchsvollen Vorschläge für den Klimaschutz kritisierten. Merkel hatte aber ihr Streben bis Ende geführt und setzte bei der Ratssitzung das Programm als verbindlich durch. Die größten Lobworte kamen aber erst nach dem EU-Gipfel im Juni 2007 heraus. Die Internetseiten [www.eu2007.de](http://www.eu2007.de), [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de) und [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) brachten ihre beifällige Kommentare und die SZ und die FAZ hatten sich auch angeschlossen. Sie hatten dafür den besten Grund. Angela Merkel hat mit ihrem ausgeprägten Talent und diplomatischen Auftreten die Europäische Union in eine neue Richtung bewegt. Sie schaffte es, den tiefgefrorenen Verfassungsvertrag zum Leben zu bringen. Es ist sicher, dass sie die Lobworte der Artikel voll verdiente, da sie die europäische Politik eine neue Dimension brachte und das Motto der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, "Europa gelingt gemeinsam", zum Erfolg führte.

## **6. Schlusswort**

Die Arbeit “Die deutsche EU-Präsidentschaft und deren Rezeption in der Presse“ besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil beinhaltet zwei theoretische Kapitel, die noch weiter verteilt werden. In dem zweiten Teil wurden verschiedene Artikel von der deutschen Presse analysiert.

In dem ersten Kapitel wurden die Grundbasis, die mit der Europäische Union zusammenhängen, erklärt. Es handelt sich um den Begriff “EU“, die Gründungsphasen der EU, den Aufbau der EU-Organen und eine Beschreibung des europäischen Rates. Das nächste Kapitel formuliert die Hauptrolle des Ratsvorsitzes, den Deutschland vom 1.1.2007 bis 30.6.2007 inne hatte, seine Aufgaben und Funktionen, wie Vorsitzführung im Rat, Vertretung gegenüber anderen Organen und Einrichtungen der EU, Vertretung der EU in der Außenpolitik und viele andere.

Antwort auf die Frage, wie die deutsche Ratspräsidentschaft in der Presse angenommen wurde, bringt der zweite, und zwar der praktische Teil der Bakkalaureatsarbeit. An dieser Stelle stehen 14 Artikel zur Verfügung. Diese Artikel erschienen in den bedeutenden deutschen Presseverlagen, wie Süddeutsche Zeitung oder Frankfurter Allgemeine Zeitung, innerhalb der Regierungszeit des deutschen EU-Vorsitzes. Auch verschiedene Kommentare aus den Internetseiten [www.eu2007.de](http://www.eu2007.de), [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de) wurden und [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) in der Arbeit verwendet.

Die Hypothese, dass die Frankfurter Allgemeine Zeitung und die Süddeutsche Zeitung nicht immer übereinstimmen, was die präsentierten Kommentare betrifft, wurde nach Beendigung der Arbeit richtig gefunden. Es geht vor allem um große Unterschiede zwischen der politischen und wirtschaftlichen Wahrnehmung der gesamten politischen Situation in den zwei unterschiedlichen Bundesländern, wo die Zeitung herauskommen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat über die Ergebnisse der Präsidentschaft eher informiert, als sie scharf kritisierte oder lobte. Dagegen kommentierte die Süddeutsche Zeitung oft sehr offen die Beschlüsse und man konnte ihre skeptische oder optimistische Stellung einfach fühlen.



Was die Internetseiten betrifft, war ihre Stellung meistens ziemlich ähnlich. Man konnte aus den Artikeln eine gespannte Atmosphäre, die in der deutschen Politik herrschte, erkennen. In vielen Artikeln wurden Bedenken geäußert, dass die ehrgeizigen Vorhaben, die sich die Präsidentschaft vorgesetzt hatte, hätten nicht erfüllt werden können. Dagegen, immer wenn die Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Aufgaben erzielt hatte, wurde sie in diesen Internetseiten sehr gelobt und hervorgehoben.

Zu Ende der Arbeit kommt eine inhaltliche Analyse zu dem Thema der besprochenen Artikel. Da kann man eine Zusammenfassung aller kommentierter Artikel von der Zeitungen und aus den Internetseiten finden. Die wichtigsten Meinungen und Stellungen wurden so resumiert, so dass die Rezeption der deutschen Presse übersichtlich geordnet ist und es ist nicht schwierig eine Ansicht zu machen. Der letzte Abschnitt der inhaltlichen Analyse präsentiert die allgemeine Auffassung der Autorin.

Diese Arbeit erörtert das politische Thema, die in Deutschland und der ganzen EU ein großes Gewicht hatte. Sie kann nicht nur den Studierenden, die weiter politischorientierte Fächer studieren möchten, behilflich sein, sondern auch denen, die sich für Deutschland und seine Stelle in der Welt interessieren. Die Verarbeitung der deutschen Ratspräsidentschaft und deren Rezeption in der Presse führt die Leser dazu, dass sie sich nicht nur die allgemeine politische und wirtschaftliche Situation in Deutschland und der ganzen EU ansehen können, sondern dass sie auch die Stellung der deutschen bedeutenden Presseverlage kennenlernen. Man kann sich aufgrund der Arbeit vorstellen, wie komplizierte Organisation der Rat der EU ist und wie anspruchsvoll es sein muss, solch ein Apparat zu lenken.

## **7. Resumé**

Německo předsedalo Radě EU od 1. ledna 2007 do 30. června 2007. Předsednictví převzalo po Finsku a k 1. červenci ho předalo Portugalsku. Předsednictví rotuje mezi členskými státy každých šest měsíců.

Hlavními úkoly Německa jako předsednické země bylo předsedat zasedáním Evropské rady, Rady EU a jejím příslušným pracovním skupinám. Dále pak organizace všech zasedání EU, navrhování dohod, podávání pravidelných zpráv Evropskému parlamentu, udržování kontaktů a reprezentace EU v záležitostech Rady, zastupování Rady ve všech jednáních s ostatními institucemi a orgány EU, jednání jménem EU s nečlenskými státy a zastupování Unie na mezinárodních fórech, např. OSN či WTO.

Hlavním cílem Německa bylo především soustředit evropskou politiku na výzvy 21. století, jako jsou rozvoj evropského životního stylu založeném na silné ekonomice a sociálním modelu zaměřeném na potřeby občanů, vnitřní zabezpečení proti hrozbě terorismu a proti mezinárodnímu zločinu, respektování občanských práv a svobod, propagace demokracie a tržního hospodářství v ostatních zemích světa a v neposlední řadě také politika udržitelného rozvoje a ochrana životního prostředí.

Co se týká výzev, kterým muselo Německo v rámci svého předsednictví čelit, nejvýznamnějšími z nich byli např. zvyšující se skepticizmus občanů členských států EU vůči centrálně řízené evropské politice, obhajoba nové formy společné evropské ústavy nebo smlouvy podobné povahy a návazné odložení dalšího rozšiřování EU.

Plnit roli předsedající země je velmi náročný proces a vyžaduje dlouhodobou přípravu (řádově trvá několik let). Klíčovým koncepčním aspektem předsednictví je návrh jeho priorit. Předsednictví navrhuje svůj vlastní program a žebříček priorit, tyto prezentuje Radě EU a Evropskému parlamentu, musí obhájit své plány a po svém vypršení musí provést vyhodnocení.

Ve svém rozhodování o programu předsednictví není členský stát zcela svobodný, jelikož musí stavět jak na dosavadním vývoji Evropské unie, aktuálních otázkách apod., tak na právním rámci, konkrétně na právech stanovených úkolech dlouhodobého charakteru (např. v rozsahu stanoveném Evropskou radou). Každá předsednická země zveřejňuje plán svého předsednictví na začátku svého šestiměsíčního mandátu. Tento plán obsahuje oblasti, kterým hodlá předsednická země věnovat nejvyšší pozornost a vytyčuje úkoly, které je nutné v průběhu předsednictví splnit.

Plán předsednictví pochopitelně ovlivňuje i práci věcných resortů ostatních členských států EU. Například proces plnění úkolů stanovených Evropskou radou jakožto nejvyšším politickým orgánem a také plánem předsednictví, od něhož se odvíjí činnost a věcná náplň jednání pracovních orgánů Rady EU (pracovních výborů a skupin).

Důležitými daty německého předsednictví byli 17. leden, kdy kancléřka Angela Merkelová představila program předsednictví, dále pak 8.-9. březen, kdy proběhl summit Rady EU. 24. a 25. března se konaly oslavy 50. výročí podepsání Římských smluv, kterými byla Evropská společenství založena a 21. a 22. června se konal nejvýznamnější summit pod vedením Rady EU Německem, na kterém byly řešeny otázky vývoje rotujícího předsednictví jako takového a hlavně konečná podoba smlouvy o Evropské unii.

Analýza článku z Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung a internetových portálů [www.eu2007.de](http://www.eu2007.de) a [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de) nastiňuje nejzávažnější témata německého předsednictví a jejich komentář v tisku. Jedná se především o smlouvu o ústavě pro Evropu, dynamiku ekonomiky a sociální odpovědnost, implementaci Akčního plánu energetické politiky, spravedlnost a vnitřní bezpečnost a v neposlední řadě o redukci skleníkových plynů a změnách klimatu.

Německé předsednictví otevřelo debatu o evropské ústavní smlouvě. Jeho cílem bylo vypracovat nový dokument se zachovanouází, který byl předložen členským státům na posledním summitu v červnu. Tato smlouva byla navržena tak, aby byla přijatelná pro všechny členské země EU. I přesto se vedly dlouhé

diskuze o jejím schválení. Největšími oponenty bylo Polsko, Francie, Velká Británie a Česká Republika, které požadovaly přizpůsobení ústavní smlouvy svým požadavkům. Po nekonečných hodinách vyjednávání byla nakonec nová smlouva schválena všemi státy EU. Podle německé vlády by měl být dokument ratifikován do roku 2009, kdy má být jmenována nová Komise.

V oblasti evropského ekonomického a sociálního modelu se Německo snažilo prosazovat ekonomický růst, zlepšování konkurenceschopnosti a zaměstnanosti a zároveň podporovat sociální soudržnost a ochranu životního prostředí. Důraz byl kladen také na podporu výzkumu a inovační technologie.

Podle Německa by Evropská unie měla hrát v celosvětovém měřítku hlavní roli v boji proti klimatickým změnám. Předsednictví také usilovalo o vytvoření společné pozice Unie v mezinárodní ochraně klimatu po roce 2012. V této souvislosti se na jarním summitu diskutovalo o snižování emisí skleníkových plynů a obchodování s emisními povolenkami. Tyto požadavky byly schváleny a již dnes jsou v některých německých městech udělovány emisní známky, opravňující vjezd automobilů do oblastí označených „Umwelt Zone“.

Pod priority energetické politiky spadá dokončení vybudování vnitřního trhu v oblasti elektřiny a plynu. Dále byl kladen důraz na podporování a rozvoj obnovitelných zdrojů energie a úzkou spolupráci mezi zeměmi, které energii vyrábějí, tranzitními státy a zeměmi, které jsou příjemci této energie. V této souvislosti byl také na zasedání Evropské rady v březnu 2007 přijat evropský akční plán pro energetickou politiku.

Otázku zahraničně-politických priorit koncepčně formovalo samo ministerstvo zahraničních věcí spolkové republiky Německo. Západní Balkán, Blízký východ, Írán, Afghánistán a subsaharská Afrika jsou oblasti, kde bez ohledu na plány Německa dochází ke klíčovým politickým procesům (Kosovo) nebo si svojí naléhavostí vyžadují intenzivní a stálou pozornost (Blízký východ). Konflikt v Dárfúru mohl ovládnout pozornost EU v prvním pololetí roku 2007 a stát se pro předsednictví velice složitým problémem, na nějž by muselo reagovat. Tyto obavy se naštěstí nenaplnily. V Íránské otázce byla snaha udržovat kontinuitu předchozího předsednictví. Naproti tomu tzv. trojlístek východní

politiky (Ostpolitik)- vztahy EU-Rusko, intenzifikace politiky sousedských vztahů a strategie EU ke Střední Asii- představoval oblasti, kde se německé předsednictví snažilo o aktivní uplatnění vlastních, předem připravených návrhů. Rozšíření Schengenského prostoru na nové členské státy, které vstoupily do EU 1.5.2004, bylo další přední prioritou Německa, která byla úspěšně splněna.

Jeden z klíčových úkolů, jež si Německo předsevzalo, byl označen mottem „vzdělání spojuje“. Vzdelání bylo považováno za klíčový faktor ekonomického rozvoje, sociální koheze, propojení na základě společných hodnot a postojů. Jedním z úspěchů německého předsednictví v této oblasti je pokračování v implementaci boloňského procesu, který byl nastartován v roce 1990 a jde o proces koordinace vysokoškolských systémů zemí Evropské unie.

V první polovině roku 2007 převzalo Německo již po dvanácté předsednictví Rady Evropské unie. Leželo před ním šest měsíců plných práce a obtížných úkolů. Zároveň považovalo Německo své předsednictví za velkou šanci. Evropa se nacházela v obtížné fázi a Evropská unie stála před důležitým nasměrováním pro budoucnost. Důvěra lidí v EU poklesla. Německo si bylo již na počátku vědomo, že musí přesně definovat hodnotu evropské politiky v každém jednotlivém případě. Potřebnost společné evropské politiky musela být znovu zdůvodněna. Německé předsednictví nemohlo vyřešit všechny úkoly, i proto spolupracovalo v rámci trojpředsednictví s Portugalskem a Slovinskem, které jej v předsednictví následovali. Zvláště důležité bylo, aby z německého předsednictví vyšel znovu signál důvěry ve společnou budoucnost. Toho Německo dosáhlo splněním podstatných bodů svého programu a dostalo tak svému mottu: „Evropa uspěje společně“.

## Quellenverzeichnis:

### Primärliteratur:

Deutschland übernimmt EU-Vorsitz, Tafelrunde mit straffem Programm, Süddeutsche Zeitung, <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/191/96095/>, 20.5.2007

EU-Ratspräsidentschaft, Ein sechsmonatiger Balanceakt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, <http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E2C83404876384AD18D362D9D8B2D528E~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, 12.2.2008

Merkel will EU-Verfassung retten, Frankfurter Allgemeine Zeitung <http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E653D46C210E8443CBB811BC1C86C39BD~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, 28.1.2008

EU-Verfassung, Brown will angeblich Veto einlegen, Süddeutsche Zeitung, <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/338/100238/>, 20.3.2008

Merkel: „Es ist Zeit zu handeln“, Frankfurter Allgemeine Zeitung <http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~EF4CAECAA7848421CB89CBBC64262C075~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, 14.2.2008

SZ-Interview mit Angela Merkel, „Europa muss eine Vorreiterrolle spielen“, Süddeutsche Zeitung, <http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/331/104227/>, 5.11.2007

EU-Gipfel, Unmut über die Pflicht zur Sonnenenergie, Frankfurter Allgemeine Zeitung, <http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~EA5A20BEA21AE4786BCB1E1C1919755C3~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, 8.1.2008

Tag des Jubiläums, Erfolgreiche Zwischenbilanz für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, [www.eu2007.de](http://www.eu2007.de), [http://www.eu2007.de/de/News/Press\\_Releases/March/0321BMIBilanz.html](http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/March/0321BMIBilanz.html), 12.12.2007

Zu weit gesprungen, Die Kanzlerin spricht nur noch von einem „Änderungsvertrag“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, <http://www.faz.net/s/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1/Doc~E954FC54775BA4165BE9C68B649E11C7B~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, 15.2.2008

EU-Gipfel, Chancen auf Erfolg 50 zu 50, Süddeutsche Zeitung,  
<http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/853/119707/>, 12.2.2008

Der erste Tag des EU-Gipfels, Zwischen Frust und Hoffnung, Süddeutsche Zeitung, <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/953/119807/>, 21.2.2008

Verhandlungsmarathon in Brüssel, , [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de),  
[http://www.bundesregierung.de/nn\\_774/Content/DE/Artikel/2007/06/2007-06-20-europaeischer-rat-ankuendigung.html](http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Artikel/2007/06/2007-06-20-europaeischer-rat-ankuendigung.html), 11.3.2008

Die Gipfelstürmerin, Süddeutsche Zeitung,  
<http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/169/120020/>, 11.12.2007

Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, [tagesschau.de](http://www.tagesschau.de),  
<http://www.tagesschau.de/inland/meldung18680.html>, 25.12.2007

### **Sekundärliteratur:**

Baier, Ch., Bundesstaat und Europäische Integration, Berlin 2006

Ein Europa der Regionen und Städte, Strategien und Perspektiven für die EU-Erweiterung, CdR-Studien, E-1/2000, Brüssel 2000

Die EU und die Welt, Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG, Luxemburg 2001

Fakten und Zahlen über Europa, Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG, Luxemburg 2007

Fontaine, P., Europa in 10 Lektionen, 3. Auflage, Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG, Brüssel 1998

König, M., Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949-2000, Stuttgart 2004

Loughin, J., Die regionale und lokale Demokratie in der EU, Ad-R-Studien E-1/99, Brüssel 1999

Maňák M., 100 otázek a odpovědí o EU, Ministerstvo zahr.věcí, Praha 2000

Politika soudržnosti pro podporu růstu a zaměstnanosti, Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG, Luxemburg 2006

Přístup k dokumentům evropského Parlamentu, Rady a Komise, Úřad pro úřední tisky Evropského společenství, Lucemburk 2004

Wachsende Regionen, wachsendes Europa, Vierter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Mitteilung der Kommission, Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG, Luxemburg 2007

Wie funktioniert die EU?, Ein Wegweiser für die Bürger zu den Organen und Einrichtungen der EU, Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG, Luxemburg 2003

**Internetquellen:**

[www.eu2007.de](http://www.eu2007.de)

[www.euroskop.cz](http://www.euroskop.cz)

<http://www.bundesregierung.de/>

<http://www.euractiv.com/en/energy/german-eu-presidency-brief>

[www.bpb.de](http://www.bpb.de)

[www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org)

[www.europarl.de](http://www.europarl.de)

[www.politische-union.de](http://www.politische-union.de)



[www.europa-digital.de](http://www.europa-digital.de)

[www.faz.net](http://www.faz.net)

[www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de)

## **Anlagenverzeichnis:**

1. Anzahl der Stimmen im Rat
2. EU-Länder, die den Euro verwenden
3. Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft
4. Arbeitsbereiche des deutschen Ratsvorsitzes

## Anlagen

### Anzahl der Stimmen im Rat <sup>40</sup>

Deutschland, Frankreich, Italien und Vereinigtes Königreich	29
Spanien und Polen	27
Rumänien	14
Niederlande	13
Belgien, Griechenland, Portugal, Tschechien und Ungarn	12
Österreich, Bulgarien und Schweden	10
Dänemark, Finnland, Irland, Litauen und Slowakei	7
Estland, Lettland, Luxemburg, Slowenien und Zypern	4
Malta	3
Insgesamt:	345

Mindestens 255 von 345 Stimmen (73,9 %) sind notwendig, um eine qualifizierte Mehrheit zu erreichen. Ferner:

- muss eine Mehrheit der Mitgliedstaaten (in einigen Fällen zwei Drittel) der Entscheidung zustimmen, und
- jeder Mitgliedstaat kann nachprüfen lassen, ob die abgegebenen Ja-Stimmen mindestens 62 % der Gesamtbevölkerung der EU entsprechen

#### 1. Anzahl der Stimmen im Rat



#### 2. EU-Länder, die den Euro verwenden

<sup>40</sup> [http://www.europarl.de/europa/institutionen/rat\\_der\\_eu.html](http://www.europarl.de/europa/institutionen/rat_der_eu.html), 25.11.2007.

### 3. Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft<sup>41</sup>

17. Januar: Bundeskanzlerin Angela Merkel stellt vor dem Europäischen Parlament in Straßburg ihr Programm für die EU-Präsidentschaft vor.

8. und 9. März: Der EU-Gipfel in Brüssel soll einen Aktionsplan für eine einheitliche EU-Energiepolitik verabschieden.

14. März: Frau Merkel legt dem Europäischen Parlament einen Zwischenbericht der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vor.

25. März: Tag des Jubiläums: Informeller EU-Gipfel in Berlin zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der "Römischen Verträge". In einer "Berliner Erklärung" sollen die Ziele der EU bekräftigt werden.

21. und 22. Juni: Beim EU-Gipfel in Brüssel will Deutschland einen Fahrplan für die Fortsetzung und den Abschluss des festgefahrenen EU-Verfassungsprozesses vorlegen.

30. Juni: Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Am 1. Juli übernimmt Portugal den Vorsitz der Europäischen Union.

### 4. Arbeitsbereiche des deutschen Ratsvorsitzes<sup>42</sup>

- Der Europäische Rat
- Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen
- Wirtschaft und Finanzen
- Justiz und Inneres
- Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz
- Wettbewerbsfähigkeit
- Verkehr, Telekommunikation und Energie
- Landwirtschaft und Fischerei
- Umwelt
- Bildung, Jugend und Kultur

---

<sup>41</sup> <http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E7CB936F7039646BAB9A31B4EF0F34AB1~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, 11.2.2008.

<sup>42</sup> [http://www.eu2007.de/de/Policy\\_Areas/index.html](http://www.eu2007.de/de/Policy_Areas/index.html), 5.12.2007.